

Schriftenreihe CAES | Band 3

Was bedeutet Demokratie in der EU im 21. Jahrhundert?

Mit Beiträgen von
Jun.-Prof. Dr. Sascha Dickel
Prof. Dr. Klaus-Jürgen Grün
Dr. Eva-Maria de Melo
Prof. Dr. Martin Saar

WAS BEDEUTET DEMOKRATIE IN DER EU IM 21. JAHRHUNDERT?

**Welche Anforderungen an die
Demokratie werden durch
den digitalen Wandel gestellt?**

**Wie geht man mit Mitgliedsstaaten
um, die ihre demokratischen
Standards verändern?**

**Wie müssen Menschenrechte in
einer digitalen Informationsgesellschaft
geschützt werden?**

Das **Center for Applied European Studies (CAES)** der Frankfurt University of Applied Sciences veranstaltete am 17. Mai 2019 ein Symposium zum Thema: „Was bedeutet Demokratie in der EU im 21. Jahrhundert?“

Ziel des Symposiums war zum einen eine pluralistische Bestandsaufnahme und Analyse der aktuellen Bedeutung von Demokratie in der EU vorzunehmen und zum anderen den Versuch zu unternehmen, Lösungskonzepte bezüglich der Herausforderungen, die in der EU im 21. Jahrhundert an die Demokratie gestellt werden, zu entwerfen.

INHALT

07

Vorwort

PROF. DR. DR. MICHEL FRIEDMAN

08

Ist die Demokratie in der EU aktuell bedroht?

DR. EVA-MARIA DE MELO

26

Was Demokratie in der EU im 21. Jahrhundert bedeuten *könnte*

PROF. DR. KLAUS-JÜRGEN GRÜN

46

Digitale Demokratisierung?

Zum neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit

JUN.-PROF. DR. SASCHA DICKEL

60

Muss die Demokratie erst demokratisiert werden?

PROF. DR. MARTIN SAAR

68

Anhang

VORWORT

von

PROF. DR. DR. MICHEL FRIEDMAN

Geschäftsführender Direktor des Center for Applied European Studies

Grundvoraussetzung für Demokratie ist die freie Wahl von gleichen Bürgern – von einer Gesellschaft, die sich darauf einigt, dass die Menschenwürde unantastbar ist. Sowohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, als auch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und das deutsche Grundgesetz garantieren die Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Nicht in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entspricht das Demokratieverständnis den Anforderungen dieser Gesetzestexte, wie das Beispiel von Ungarn deutlich macht. Aber auch in den Gesellschaften und Parlamenten anderer Mitgliedsstaaten mehren sich populistische Thesen, rassistische, menschenfeindliche und antisemitische Diskriminierungen sowie autoritäre und anti-europäische Denkmuster. Diese Tendenzen bedrohen die europäischen Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit und der Wahrung der Menschenrechte. Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene besteht Handlungsbedarf, um dem Abbau der demokratischen Standards in der Europäischen Union entgegenzuwirken.

Diese Publikation unternimmt den Versuch, die Demokratie innerhalb der Europäischen Union zu analysieren, sie kritisch zu reflektieren und Lösungsansätze anzustoßen, die zu ihrem Schutz beitragen.

IST DIE DEMOKRATIE IN DER EU AKTUELL BEDROHT?

von DR. EVA-MARIA DE MELO

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Applied European Studies der Frankfurt University of Applied Sciences

Zu Demokratie verpflichtet sich jeder Mitgliedstaat in der EU durch seinen EU-Beitritt auf der Grundlage des Artikels 2 des Vertrags über die Europäische Union.¹ Die europäische Demokratie entwickelte sich vor dem Hintergrund einer langen Tradition an demokratischen Errungenschaften in Europa – von den frühen Menschenrechtsverfassungen in Frankreich und Polen (1791) sowie Deutschland (1849) bis zu den Gründungsverträgen der EU aus den 50er Jahren.² Vor dem Hintergrund eines seit Jahren umfangreich politisch und wissenschaftlich diskutierten Demokratiedefizits der EU, unternimmt die Union einzelne Schritte hin zu einer Verdichtung der Demokratie (z.B. Direktwahlverfahren³, Notstandsverfahren des Art. 7 EUV⁴, Bürgerinitiative⁵, etc.).⁶

Ihren EU-Mitgliedstaaten bietet die EU eine gute Möglichkeit, um auf einem demokratischen Wertefundament unterschiedliche Interessen in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen gegeneinander abzuwägen. Obwohl man sich vertraglich auf ein demokratisches Grundverständnis als homogene Struktur in der Charta geeinigt hatte, scheint in EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn und Polen eine höchst unterschiedliche Interpre-

- 1 Laut EU-Vertrag sind die „Werte, auf die sich die Union gründet, [sind] die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“ (EUR-Lex, Access to European Union Law).
- 2 Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) (1951), Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) (1952), Römische Verträge (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom)) (1957).
- 3 1979 wurden zum ersten Mal die Abgeordneten für das Europäische Parlament direkt in allen Mitgliedsstaaten gewählt (vgl. Europäisches Parlament. Verbindungsbüro in Deutschland).
- 4 Durch das Notstandsverfahren des Art. 7 EUV nach Artikel 7 (seit 1997) kann die EU Präventionsmaßnahmen und Sanktionen einsetzen, um EU-Werte zu schützen (vgl. Bergmann 2015: 219).
- 5 Die Europäische Kommission kann per Bürgerinitiative gemäß der direkten Demokratie dazu aufgefordert werden, einen Rechtsakt vorzuschlagen. Wenn eine Million Unterschriften vorliegen, können Bürger aus europäischen Mitgliedsstaaten auf diesem Weg politische Forderungen an die Kommission stellen. So wurde bspw. die Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden“ am 6. Oktober 2017 an die Kommission übermittelt (vgl. Europäische Kommission 2019).
- 6 Auch wenn das „Spitzenkandidaten“-Verfahren im Rahmen der vergangenen Wahl zur Präsidentschaft der EU-Kommission (2019) nicht zum Tragen kam, ermöglicht es der EU transparenter zu werden, da Kandidaten vor der Wahl zum Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission den Bürgern bekannt sind.

tation von Demokratie vorzuliegen. In diesen Ländern unterwandern autokratische Tendenzen regelrecht die Werte der EU und populistische Inhalte gehören zur politischen Realität. Wenn populistische Thesen – rassistische, menschenfeindliche und antisemitische Diskriminierungen – in EU-Mitgliedstaaten Eingang in den politischen Diskurs finden, werden die europäischen Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit und der Wahrung der Menschenrechte bedroht. Setzen sich EU-Mitgliedstaaten über die europäischen Werte hinweg, sollte vehement in Erinnerung gerufen werden, dass diese Prinzipien nach dem Vertrag über die Europäische Union unverhandelbar sind.

Wie könnte die EU denjenigen Mitgliedstaaten begegnen, die demokratische Werte bedrohen? Zum Teil unternimmt die EU Versuche, diese Staaten mit rechtlichen Schritten zu konfrontieren, wie die Beispiele des Verfahrens nach Artikel 7 EUV in Bezug auf Polen (Dezember 2017) und in Bezug auf Ungarn (September 2018) sowie des Vertragsverletzungsverfahrens der Europäischen Kommission gegen Polen (April 2019) im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit zeigen.⁷ Doch wäre vielleicht ein entschiedeneres Vorgehen in Form von Sanktionen angebracht, wenn Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder die Menschenwürde missachtet werden? Anstelle von Sanktionen treten derzeit laut dem Finanzbericht der Europäischen Kommission finanzielle Fördergelder an Ungarn – und dies sogar in überdurchschnittlicher Höhe.⁸ Der Zufluss von EU-Fördergeldern an Ungarn – einem Land, das Platz 64 von 180 untersuchten Ländern im *Corruption Perceptions Index 2018*⁹ laut Transparency International einnimmt – sowie sein Umgang mit diesen Mitteln wird weitreichend kritisiert. Aber auch weitere EU-Mitgliedstaaten sind in bedeutendem Ausmaß von Korruption

7 Vor dem Hintergrund, dass Polen u.a. ermöglichte, Disziplinarverfahren gegen Richter bzgl. ihrer richterlichen Entscheidungen einzuleiten sowie sie zu sanktionieren, unternahm die Kommission den Versuch, die Unabhängigkeit der Justiz zu bewahren. Nach Auffassung der Kommission komme Polen nicht dem Recht auf einen Rechtsbehelf vor einem unabhängigen Gericht nach. Die polnische Regierung ermöglichte mit ihrer Regelung darüber hinaus eine weitere Einschränkung für Richter, da der Präsident der Disziplinarkammer nach seinem Ermessen das zuständige Disziplinargericht bestimmt. Ferner werden die Verfahrens- und Verteidigungsrechte der Richter beschnitten (vgl. Europäische Kommission – Pressemitteilung 2019). Insofern Polen nicht die erforderlichen Maßnahmen durchführt, behält sich die Kommission das Recht vor, sich an den Europäischen Gerichtshof zu wenden (vgl. European Commission - Press release 2019).

8 Laut dem Finanzbericht der Europäischen Kommission für das Jahr 2017 ließ die EU Ungarn Mittel in Höhe von 4,05 Mrd. EUR zukommen. Knapp über die Hälfte davon kam der Regionalpolitik (Struktur- und Kohäsionsfonds) zu. Dies liege mit 53 % über dem EU-28-Durchschnitt von 27 % (vgl. Europäisches Parlament 2017).

9 Vgl. Transparency International 2018¹.

betroffen: Bulgarien nimmt Platz 77 im *Corruption Perceptions Index 2018*¹⁰ ein; gefolgt von Griechenland¹¹ und Rumänien¹². Sogar die für Italien¹³ und Malta¹⁴ gemessenen Werte zeugen von einem hohen Grad an im öffentlichen Sektor wahrgenommener Korruption. Korruption in Politik und Verwaltung hängt meist mit der Ignoranz demokratischer Werte zusammen, denn, so die Politikwissenschaftlerin Andrea Gawrich, „Korruption vernichtet wie ein unsichtbares Gift die zentrale Ressource einer jeden Demokratie – das Vertrauen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft.“¹⁵

Verliert die europäische Demokratie an Qualität und welche Rolle spielt dabei der Populismus? Welche Institutionen haben derzeit ein Auge auf die Entwicklung der Demokratie in Europa? Die EU veränderte sich auf informellem Weg im Rahmen ihres Umgangs mit den Krisen der letzten Jahre, wie der Politikwissenschaftler Edgar Grande beobachtet.¹⁶ Bei diesem Prozess sieht er das Fundament des europäischen Projekts angegriffen¹⁷, so dass die EU in politischer, institutioneller und ökonomischer Hinsicht destabilisiert werde.¹⁸ Die zahlreichen Krisen Europas im vergangenen Jahrzehnt sorgten für eine Verunsicherung der europäischen Bevölkerung. Der Verlust der europäischen Werte wie Menschen- und Bürgerrechte, Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Weltoffenheit löst gemäß der Sozial- und Politikwissenschaftlerin Ulrike Liebert Ängste in der Gesellschaft aus, die dadurch offener für populistisches Gedankengut wird.¹⁹ Entwicklungen wie das „Fehlen von echten politischen Alternativen, aber auch Mangel an Zivilcourage und Wahrhaftigkeit bei Politikern“²⁰ tragen laut dem Politologen Warnfried Dettling dazu bei, dass sich die

10 Vgl. Transparency International 2018².

11 Platz 67 (vgl. Transparency International 2018³).

12 Platz 61 (vgl. Transparency International 2018⁴).

13 Platz 53 (vgl. Transparency International 2018⁵).

14 Platz 51 (vgl. Transparency International 2018⁶).

15 Gawrich 2018.

16 Dies zeigte sich daran, dass, wie Grande feststellt, politische Entscheidungen auf europäischer Ebene ausgelagert (z. B. EZB, Troika) und zwischenstaatliche Verträge vereinbart wurden, informelle Gremien entstanden (z. B. Eurogroup), versteckte Umverteilungen stattfanden und es zu Machtgefällen zwischen wirtschaftlich starken und schwächeren Mitgliedsstaaten und nationalen Alleingängen kam (vgl. Grande 2018: 612).

17 Elementar sei nämlich die Orientierung auf einen gemeinsamen Nutzen für die Mitgliedsstaaten, die Vorstellung eines einheitlichen Integrationsprojekts mit konsensfähigen Mitgliedsstaaten, sowohl eine angenommene Gleichheit von wirtschaftlich starken und schwächeren Mitgliedsstaaten als auch eine angenommene Unumkehrbarkeit der europäischen Integration (vgl. Grande 2018: 612f).

18 Vgl. Grande 2018: 614.

19 Vgl. Liebert 2019: 12f.

20 Dettling 1996: 115.

aktuelle Demokratie langsam verbräuche und eine neue Form annehme.²¹ Auch die Harvard-Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt stellen einen schleichenden Zerfall von Demokratien heraus. So beobachteten sie Angriffe auf demokratische Institutionen²², die darauf abzielen potentielle Gegner entweder zu behindern oder zur Konformität zu bewegen.²³ Am Beispiel von Ungarn²⁴ und Polen²⁵ beschreiben die Autoren, wie auf subtilem Weg Gerichte durch die Besetzung mit parteitreuen Richtern beeinflusst wurden. Auch an diesem Beispiel wird deutlich, dass die Demokratie insbesondere dort bedroht wird, wo populistische Inhalte Bestandteil des politischen Diskurses sind.

Der These des – auch in der Postdemokratiedebatte – angenommenen Untergangs der Demokratie widerspricht, gemäß Wolfgang Merkel und Werner Krause vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), das Ergebnis des Demokratiebarometers (DB).²⁶ Es gilt gemäß den Autoren als nützlichster Qualitätsindex in der vergleichenden Demokratieforschung für die OECD-Länder bis zurück in das Jahr 1990.²⁷ Merkel und Krause erkennen anhand des DB eine deutliche Varianz zwischen einzelnen Ländern, so dass bspw. Italien eine Verschlechterung seiner Demokratie erlebte.²⁸ Da sich aber die positiven und negativen Entwicklungen hinsichtlich eines demokratischen Kontrollprinzips²⁹ in etwa ausgleichen, stellt das DB durchschnittlich bei den 30 „besten“ Demokratien keinen Verlust an Qualität heraus. Bei diesem Ergebnis ist allerdings zu beachten, dass zu den zehn „besten Demokratien nur sechs EU-Mitgliedstaaten gehören.“³⁰

21 Vgl. Dettling 1996: 115.

22 Vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 92.

23 Vgl. ebd.: 97.

24 Vgl. ebd.: 94f und Bugarić & Ginsburg 2016: 73f.

25 Vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 95f und Bugarić & Ginsburg 2016: 73f.

26 Vgl. www.democracybarometer.org.

27 Merkel und Krause stellen fest, dass *Polity's Political Regime Characteristics* und der *Index Freedom in the World* von Freedom House die am häufigsten genutzten Datensätze in der vergleichenden Demokratieforschung darstellen. Sie enthalten jedoch keine Abweichungen für die Demokratien der OECD-Länder in den letzten vier Jahrzehnten. Der *Sustainable Governance Indicators* (SGI) - Index von der Bertelsmann Stiftung konzentriert sich auf OECD-Länder, allerdings erst seit 2009 (vgl. Merkel & Krause 2015: 46ff).

28 Vgl. Merkel & Krause 2015: 47f.

29 Vgl. ebd.: 50. So fielen Werte für ein pluralistisches Medienangebot und der Organisationsgrad von gesellschaftlichen Verbänden und NGOs. Insbesondere die Effektivität in der Gestaltungsfähigkeit demokratischer Regierungen nahm ab. Die Qualität der horizontalen Gewaltenteilung und der pluralistische politische Wettbewerb nahmen leicht zu (vgl. ebd.: 50).

30 Vgl. Democracy Barometer 2018.

Wie wird die europäische Demokratie von ihren Bürgern wahrgenommen? Der Soziologe Hans-Dieter Klingemann et al. nimmt an, dass je stärker Bürger einer Demokratie als Regierungsform zustimmen, desto mehr kann sich diese Demokratie festigen.³¹ Diese These wird von Merkel und Krause weitergeführt, indem sie argumentieren, dass je stärker Bürger einem demokratischen System zustimmen, desto höher ist die Qualität der Demokratie in der subjektiven Wahrnehmung dieser Bürger.³² Dies trifft nicht auf das europaweite Phänomen des Populismus zu. Populisten misstrauen und unterwandern demokratische Strukturen und Institutionen. Diese Einstellung scheint Merkels und Krauses Beobachtungen zufolge in einem großen Gesellschaftskreis vertreten zu sein: Auf der Grundlage von Umfragewerten sei zu beobachten, dass demokratisch gewählten Institutionen durch die Bürger weniger Vertrauen entgegengebracht wird als Institutionen, deren Besetzung nicht durch Bürger beeinflusst wurde. Es komme zu einem Vertrauensverlust in Kerninstitutionen wie Parteien, Parlamenten und Regierungen, während das Vertrauen in Institutionen wie Militär, Polizei und Justiz zunehme.³³ Diese Entwicklung verdeutlicht, dass auf eine demokratische Mitsprache weniger Wert gelegt wird, so dass Merkel und Krause eine „schleichende Entdemokratisierung des Wertesystems der Bürger“³⁴ vermuten.

Fühlt sich die Gesellschaft nicht durch demokratische Institutionen repräsentiert? Abels stellt in Anbetracht einer niedrigen Wahlbeteiligung an Europawahlen sowie einer Orientierung der Wähler an nationalen Themen eine gefühlte Repräsentation in Frage.³⁵ Glücklicherweise zeigte aber die Beteiligung an der Europawahl 2019 das seit 20 Jahren beste Ergebnis auf.³⁶ Zudem ergab die Standard-Eurobarometer-Umfrage 2019 einen starken Anstieg der Zufriedenheit der europäischen Bürger in verschiedenen Bereichen. 55 % von ihnen führten an, mit „der Art, wie die Demokratie in der EU funktioniert“³⁷ zufrieden zu sein. Diese Zufriedenheit erreicht damit den höchsten Stand seit 2004.³⁸ Damit ist jedoch nur gut jeder zweite europäische Bürger mit der Demokratie zufrieden. Ähnli-

31 Vgl. Klingemann et al. 2006: 3.

32 Vgl. Merkel & Krause 2015: 53.

33 Vgl. Merkel & Krause 2015: 58.

34 Ebd.: 59.

35 Vgl. Abels et al. 2010: 262.

36 Vgl. Europäisches Parlament 2019.

37 Europäische Kommission 2019².

38 Vgl. ebd..

che Zufriedenheitswerte³⁹ ergeben sich beim Blick auf die deutsche Bevölkerung gemäß der Initiative More in Common e.V. (2019).⁴⁰ Jedoch wurde bei der Untersuchung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland auch festgestellt, dass sich 30% der Menschen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene unsichtbar fühlen und weder Halt im demokratischen System noch in ihrem persönlichen Leben finden. Durch diese Einstellung wächst in dieser Gruppe ein Sympathisieren mit demokratie-kritischen Parteien, wie die Studie konkret feststellte.⁴¹ Wenn sich auch weitere europäische Bürger nicht demokratisch repräsentiert fühlen, könnte dies für sie der Grund sein, sich vermehrt populistischen Ideologien zuzuwenden.

Auch dieser demokratie-kritischen Gruppe steht durch die neuen Medien ein Raum zur Verfügung, in dem sie ihre politische Meinungsbildung fördern könnten. Die neuen Medien bieten die Möglichkeit der einfacheren Informationsbeschaffung, der Transparenz sowie der Beteiligung am Diskurs. Können sie durch diese ihnen inhärenten demokratisierenden Momente eine Bereicherung für die Demokratie darstellen? Sind die heutigen digitalen Veränderungsprozesse und der damit zusammenhängende öffentliche Diskurs förderlich für die Demokratie?

In den letzten Jahren ist ein digitaler Diskurs zu beobachten, der in der Produktion von Echokammern, *shitstorms*, *hate speech* und *social bots* resultiert. Unsachliche Aussagen in digitalen Medien bilden den Nährboden für populistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Die Verbreitung von Falschinformationen – von *fake news* und *deep fake*⁴² – über soziale Netzwerke bedroht die Demokratie. Dies auch aus dem Grund, den Eileen Donahoe des *Center for Democracy, Development and the Rule of Law* der Stanford University erläutert: Der Einfluss von *deep fake* auf unsere Wahrnehmung sei nicht zu revidieren, auch wenn im Nachhinein bekannt wird, dass es sich um eine Falschinformation handelte.⁴³

39 48% der Deutschen seien mit dem Funktionieren der Demokratie im Land zufrieden (vgl. More in Common e.V. 2019).

40 Die dieser Studie zugrundeliegende quantitative und qualitative Umfrage wurde zusammen mit dem internationalen Meinungsforschungsinstitut KANTAR und dem Institut für Zielgruppenforschung Heidelberg durchgeführt.

41 So stellte die Studie konkret eine hohe Absicht zur Wahl der AfD in dieser Gruppe fest (vgl. More in Common e.V. 2019).

42 Manipulation von Bild- und Videodateien mithilfe von Algorithmen.

43 Vgl. Donahoe 2019.

Welche Anforderungen stellt der digitale Diskurs an die (bedrohte) Demokratie? Die Politikwissenschaftlerin Marianne Kneuer stellt bei der Frage nach der demokratischen Bedeutung der veränderten Kommunikation zwei Seiten heraus: Netzoptimisten, die verbesserte Zugangschancen zur Meinungsbildung und direkteren Informationszugang hervorheben und Netzpessimisten, die befürchten, dass demokratische Prozesse an Qualität verlieren und die Rationalität in politischen Debatten sinkt.⁴⁴ Thorsten Thiel, der Leiter der Forschungsgruppe „Digitalisierung und Demokratie“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, beobachtet u. a. einen wissenschaftlichen Diskurs zu Digitalisierung und Demokratie, in dem eine Gefahr für die demokratische Identität in der fragmentierten Öffentlichkeit des Internets gesehen wird. Es schließt sich die Befürchtung an, dass die Öffentlichkeit Positionen vorzieht, die nicht mehr rational durchdacht werden.⁴⁵ So erscheint es dem Soziologen César Rendueles unmöglich, demokratisches Denken und demokratische Souveränität in der veränderten Kommunikation des digitalen Diskurses zu fördern. Zudem lasse der dezentrale und spontane Diskurs sozialer Medien die „analoge Politik“⁴⁶ langweilig und ineffizient erscheinen.⁴⁷ Hinzu kommt, dass die Thesen des Populismus auch aufgrund ihrer unreflektierten Einfachheit verführen und zunehmend befürwortet werden.

Grundsätzlich nehmen Kneuer und der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn an, dass im digitalen Raum die Demokratie weder gefördert noch bedroht wird.⁴⁸ Diese Wirkung müsse differenzierter analysiert werden. Gemäß Kneuer und Salzborn kann ein Einfluss auf Demokratie erst angenommen werden, wenn sich Prinzipien der Demokratie wie Repräsentation, Partizipation, Responsivität und Öffentlichkeit erkennbar in ihrer Qualität verändern.⁴⁹

Massiv gegen die Prinzipien der Demokratie und der Menschenwürde richtet sich die rechtsextreme Einstellung der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD). Die IBD nutzt intensiv soziale Netzwerke und ist dem Verfassungsschutz darüber hinaus durch bundesweite Aktionen

⁴⁴ Vgl. Kneuer 2017.

⁴⁵ Vgl. Thiel 2018: 53.

⁴⁶ Rendueles 2015: 210.

⁴⁷ Vgl. Rendueles 2015: 209ff.

⁴⁸ Vgl. Kneuer & Salzborn 2016.

⁴⁹ Vgl. ebd.: 5.

bekannt, die Anhänger aus ganz Europa anziehen.⁵⁰ Spätestens wenn rechtsextreme Ideologien geäußert werden, erscheint es notwendig, zum Schutz der Demokratie und Menschenwürde maßregelnd in die digitale Verbreitung dieser Thesen einzugreifen. Auf internationaler Ebene zögert man jedoch davor, der Verbreitung von *fake news* Grenzen zu setzen. Die 2017 von der OSZE veröffentlichte Erklärung *on freedom of expression and “fake news”, disinformation and propaganda*⁵¹ sieht die freie Meinungsäußerung durch Verbote von *fake news* eingeschränkt.⁵² Thiel plädiert dennoch dafür, dass demokratische Institutionen vehement versuchen sollten, die „Regulierung des digitalen Wandels“⁵³ durchzusetzen.⁵⁴

Wie kann die Öffentlichkeit das Vertrauen in die (digitalen) Medien behalten und damit wiederum die Demokratie gestützt werden? Zumindest kann die vermehrte Nutzung sozialer Medien durch Politiker⁵⁵ der Öffentlichkeit das Gefühl verschaffen, in eine engere Interaktion mit diesen treten zu können. Die Politikwissenschaftlerin Jessica Kunert stellt fest, dass insbesondere Abgeordnete des Europäischen Parlaments – für die es schwierig ist, Bürger direkt politisch zu informieren – deutlich mehr interaktiven Austausch auf ihren persönlichen Webseiten anbieten als die Abgeordneten der nationalen Parlamente. Durch die Nutzung ihrer Webseiten verstärken die Abgeordneten Transparenz und Repräsentation, so Kunert.⁵⁶ Damit verbessert sich gemäß Kneuer und Salzborn aber noch nicht die Qualität der Willensbildung oder der Entscheidungsprozesse.⁵⁷

⁵⁰ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2019.

⁵¹ Die Erklärung wurde am 03.03.17 von folgenden Sonderberichterstattern verfasst: The United Nations (UN) Special Rapporteur on Freedom of Opinion and Expression, the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Representative on Freedom of the Media, the Organization of American States (OAS) Special Rapporteur on Freedom of Expression and the African Commission on Human and Peoples' Rights (ACHPR) Special Rapporteur on Freedom of Expression and Access to Information (vgl. Organization for Security and Co-operation in Europe 2017).

⁵² „General prohibitions on the dissemination of information based on vague and ambiguous ideas, including “false news” or “non-objective information”, are incompatible with international standards for restrictions on freedom of expression, as set out in paragraph 1(a), and should be abolished.” (Organization for Security and Co-operation in Europe 2017)

⁵³ Thiel 2018: 54.

⁵⁴ Vgl. Thiel 2018: 54.

⁵⁵ Im folgenden Text wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie bezieht sich auf Personen beiderlei Geschlechts.

⁵⁶ Vgl. Kunert 2016: 61f.

⁵⁷ Vgl. Kneuer & Salzborn 2016: 12.

Die Demokratie zu stützen stellt uns vor diverse neue Herausforderungen im digitalen Raum. Als Politiker soziale Medien zu nutzen oder sich (rechts)populistischen Bewegungen online entgegenzustellen sind nur zwei Beispiele. Jedoch reichen Aktivitäten im digitalen Raum nicht aus, um die Demokratie umfassend zu schützen, denn Populismus hat bereits Eingang in die europäische Parteienlandschaft gefunden.

Welches Bild zeichnet sich für die Demokratie auf europapolitischer Ebene ab? Die Europäische Volkspartei (EVP) und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) haben ihre Mehrheit im Europäischen Parlament bei den vergangenen Europawahlen (2019) verloren. Ein zunehmender Euroskeptizismus und ein erschüttertes Vertrauen in die europäischen Volksparteien erzeugten auch auf europäischer Ebene Zulauf bei den populistischen Parteien. Fünftgrößte Fraktion im Europäischen Parlament ist seit den Wahlen die neue Fraktion Identität und Demokratie (ID), die sich zu großen Teilen aus Italiens *Lega*, Frankreichs *Rassemblement National* (RN) und der Alternative für Deutschland (AfD) zusammensetzt.⁵⁸ Diese rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien stehen der gesamten EU skeptisch gegenüber.⁵⁹ Wird diese Skepsis gepaart mit Vorurteilen und feindlichen Haltungen gegenüber Geflüchteten, Minderheiten, Menschen eines bestimmten religiösen Glaubens, Medienschaffenden oder Eliten, bedroht sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Die wissenschaftliche und politische Debatte beschäftigt sich auf intensive Weise mit der aktuellen Bedrohung von Demokratie. Doch reichen diese Abhandlungen und Diskussionen aus? Welchen Lösungsansätzen muss die EU mehr Bedeutung beimessen? Welche Rolle muss jeder einzelne Bürger übernehmen? In welche Richtung sollte sich die europäische Demokratie bewegen?

Auch nach einzelnen strukturell notwendigen Änderungen auf dem Weg hin zu einer vollendeten Demokratie⁶⁰ sieht Jürgen Habermas (2011²) eine zukunftsfähige EU nur in einer transnationalen Demokratie: Er schlägt zur Bewältigung der Krise und zur Stabilisierung der Europäischen Union eine überstaatliche demokratische Rechtsgemeinschaft vor. Dieses Gemeinwesen solle die verfassungsgebende Souveränität zwischen den

⁵⁸ Vgl. Europäisches Parlament, Multimedia Center 2019.

⁵⁹ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2019.

⁶⁰ Wie z.B. die von Abels thematisierte zu geringe Besetzung mit Frauen in entscheidungsbefugten Positionen der EU-Organen (vgl. Abels et al. 2010: 256).

Bürgern der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten aufteilen.⁶¹ Dabei sei die Mitwirkung der EU-Bürger an der supranationalen Gesetzgebung nach demokratischen Verfahren notwendig⁶², um dem Ziel einer „Transnationalisierung der Volkssouveränität“⁶³ ohne Demokratiedefizit näherzukommen.⁶⁴ Für Habermas und den Soziologen Hauke Brunkhorst kam die EU einer transnationalen Demokratie durch den Lissabon-Vertrag zwar näher,⁶⁵ erreiche diesen Status aber erst durch weitere wesentliche Schritte.⁶⁶ Auf diesem Weg zu einer demokratisch erneuerten EU hält Brunkhorst sogar ein Verfassungsreferendum für erforderlich, auch wenn es das Ende der EU bedeuten würde.⁶⁷ Es besteht die Hoffnung, dass eine intensivere Beteiligung der Bürger an der europäischen Demokratie ihnen mehr Vertrauen in demokratische Institutionen vermitteln könnte und ihre Empfänglichkeit für populistische Denkmuster zu reduzieren vermag.

Edgar Grande fordert eine Neugründung Europas, indem die Bürger politisch mobilisiert werden – und zwar durch etablierte Parteien oder aus der Zivilgesellschaft selbst.⁶⁸ Eine Neugründung kann sich, wie von Staatspräsident Macron angestoßen, durch eine politisch geleitete Bewegung vollziehen. 2017 äußerte Macron im Rahmen seiner berühmten Rede an der Sorbonne-Universität seinen Wunsch nach einem souveränen Europa, das auf den unverhandelbaren Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fußt.⁶⁹ Bislang wurde aber lediglich durch den Vertrag von Aachen (Januar 2019) u. a. die Absicht festgelegt, die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland in der Europapolitik zu vertiefen.⁷⁰ Spätestens als die neue Legislaturperiode der EU (2019-2024) eingeläutet wurde, zeigte sich, dass Macrons Anregung, diese neue Periode zur Umgestaltung Europas zu nutzen,⁷¹ nicht in dieser Umgestaltung und

⁶¹ Vgl. Habermas 2011²: 9f und 49.

⁶² Vgl. ebd.: 49 und Habermas 2011¹.

⁶³ Habermas 2011²: 48.

⁶⁴ Vgl. ebd.: 48f.

⁶⁵ Vgl. ebd.: 8f und Brunkhorst 2016: 15.

⁶⁶ Gemäß Brunkhorst fehle u. a. nur noch die parlamentarische Initiative, die ausnahmslose Gesetzgebungskompetenz, die alleinige Wahl des Kommissionspräsidenten und der Kommissare und das Recht auf Verfassungsänderung der EU sowie der Teil der einfachen Gesetzgebung, von dem alle europäischen Parlamente enteignet sind (vgl. Brunkhorst 2016: 15).

⁶⁷ Vgl. Brunkhorst 2016: 15.

⁶⁸ Vgl. Grande 2018: 614ff.

⁶⁹ Vgl. Macron 2017.

⁷⁰ Vgl. Art. 1 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration 2019.

⁷¹ Vgl. Macron 2017.

einer „Initiative für Europa“ gemündet hatten.

Gelingt eine Neugestaltung nicht in Macrons Sinne, so sollte jeder einzelne europäische Bürger seinen Teil dazu beitragen, da eine Neugründung Europas auch von Seiten der Gesellschaft erzielt werden kann. Allerdings werden europäische Initiativen aus der Zivilgesellschaft von dem Politologen Felix Heidenreich in der Hinsicht kritisiert, in der sie versuchen eine „europäische Identität“ für die politische Gemeinschaft der EU aufzubauen, anstatt zuerst die Krisenbewältigung Europas in den Fokus zu nehmen.⁷² Unter engagierten europäischen – vor allem jungen – Bürgern kamen aber zahlreiche pro-europäische Initiativen auf, die laut Leggewie das Potential haben, sich zu einer netzwerkartigen europäischen Bewegung zu entwickeln und für den Erhalt der Europäischen Union einzutreten.^{73 74} Durch eine solch engagierte Bürgerbeteiligung am Erhalt Europas wäre ein zentrales Prinzip der Demokratie verwirklicht.

Ob nun seitens der Politik oder seitens der Gesellschaft eine Lösung angestoßen wird, gilt es nun vor allen Dingen sicherzustellen, dass die europäische Demokratie nicht weiter unterwandert und anti-demokratischen und populistischen Strömungen Einhalt geboten wird – denn so Macron in seiner Rede: „Schließlich ist die Demokratie die Essenz des europäischen Projektes. Ich sage sogar, dass sie seine größte Stärke, sein Grundnahrungsmittel ist.“⁷⁵

⁷² Vgl. Heidenreich 2017.

⁷³ Vgl. Leggewie 2017: 196ff.

⁷⁴ In diesem Sinne wollen laut Leggewie soziale und politische Bewegungen, wie z.B. *Pulse of Europe*, *The European Moment* und *Why Europe*, politisch aktiv werden (vgl. Leggewie 2017: 196ff).

⁷⁵ Macron 2017.

Abels, Gabriele; Eppler, Annegret; Träsch, Jennifer (2010): „Zum „Demokratiedefizit“ der EU – und wie es sich (nicht) abbauen lässt“, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat, Europa konkret – Wie die EU funktioniert, Heft 3/2010, unter: http://www.buergerimstaat.de/3_10/eu_konkret.pdf, letzter Zugriff 06.11.19.

Bergmann, Jan (2015): „Demokratiedefizit“, in: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, 5. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 219-222.

Brunkhorst, Hauke (2016): „Hat die Demokratie in Europa noch eine Chance?“, in: ZÖSS Discussion Paper, 55, Universität Hamburg, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/59892/ssoar-2016-brunkhorst-Hat_die_Demokratie_in_Europa.pdf?sequence=3&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2016-brunkhorst-Hat_die_Demokratie_in_Europa.pdf, letzter Zugriff 06.11.19.

Bugarič, Bojan; Ginsburg, Tom (2016): "The Assault on Postcommunist Courts", in: Journal of Democracy, Volume 27/3, S. 69-82.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2019): „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), unter: <https://www.verfassungsschutz.de/print/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/identitaere-bewegung-deutschland-2018>, letzter Zugriff 27.09.19.

Democracy Barometer (2018): „Documentation“, unter: http://democracybarometer.org/Data/Methodological_Explanatory_1990-2016.pdf, letzter Zugriff 20.11.19.

Dettling, Warnfried (1996): „Utopie und Katastrophe – Die Demokratie am Ende des 20. Jahrhunderts“, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin: Siedler Verlag, S. 101-120.

- Donahoe, Eileen in Parkin, Simon (2019): "‘Politicians fear this like fire’. The rise of the deepfake and the threat to democracy", The Guardian, 22.06.19, unter: <https://www.theguardian.com/technology/ng-interactive/2019/jun/22/the-rise-of-the-deepfake-and-the-threat-to-democracy>, letzter Zugriff 20.09.19.
- EUR-Lex, Access to European Union Law: Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung), in: Amtsblatt der Europäischen Union, 26.10.2012, unter: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF, letzter Zugriff 08.11.19.
- Europäische Kommission (2019¹): „Die europäische Bürgerinitiative“, unter: <https://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/?lg=de>, letzter Zugriff 27.09.19.
- Europäische Kommission (2019²): Pressemitteilung, Standard-Eurobarometer-Umfrage Frühjahr 2019: „Europäer geradezu begeistert vom Zustand der Europäischen Union – die besten Ergebnisse seit fünf Jahren“, unter: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-4969_de.htm, letzter Zugriff 16.10.19.
- Europäische Kommission - Pressemitteilung (2019): „Rechtsstaatlichkeit: Europäische Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren zum Schutz polnischer Richter vor politischer Kontrolle ein“, Brüssel, 3. April 2019, unter: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-1957_de.htm, letzter Zugriff 27.09.19.
- European Commission - Press release (2019): "Rule of Law: European Commission takes new step to protect judges in Poland against political control", Brussels, 17 July 2019, unter: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-4189_en.htm, letzter Zugriff 27.09.19.
- Europäisches Parlament (2017): „EU-Haushalt auf einen Blick“, unter: http://www.europarl.europa.eu/external/html/budgetatagance/default_de.html#hungary, letzter Zugriff 17.09.19.

- Europäisches Parlament (2019): Aktuelles, „Europawahl 2019: Höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren“, unter: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20190523ST052402/europawahl-2019-hochste-wahlbeteiligung-seit-20-jahren>, letzter Zugriff 17.10.19.
- Europäisches Parlament, Multimedia Center (2019): „Fraktionen: Fraktion Identität und Demokratie“, unter: https://multimedia.europarl.europa.eu/de/parliamentary-groups-identity-and-democracy_N01-PUB-190720-IDGR_ev, letzter Zugriff 27.09.19.
- Europäisches Parlament. Verbindungsbüro in Deutschland: „50 Einblicke in die Geschichte des Europäischen Parlaments“, xunter: <https://www.europarl.europa.eu/germany/de/presse-veranstaltungen/50-einblicke-in-die-geschichte-des-europ%C3%A4ischen-parlaments>, letzter Zugriff 17.10.19.
- Gawrich, Andrea (2018): „Korruption und Demokratie“, in: BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), 3/2018, unter: https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2018/04/enl-3-2018-gawrich-beitrag_final.pdf, letzter Zugriff 27.09.19.
- Grande, Edgar (2018): „Die Zukunft Europas – Auswege aus den Entscheidungsfällen“, in: Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Jg. 46, H. 4, S. 603-618.
- Habermas, Jürgen (2011¹): „Wie demokratisch ist die EU? Die Krise der Europäischen Union im Licht einer Konstitutionalisierung des Völkerrecht“, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 8/2011, unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2011/august/wie-demokratisch-ist-die-eu>, letzter Zugriff 06.11.19.
- Habermas, Jürgen (2011²): „Zur Verfassung Europas. Ein Essay“, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Heidenreich, Felix (2017): „Die EU braucht keine Identität“. Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 31. August 2017, unter: <https://www.merkur-zeitschrift.de/2017/08/31/felix-heidenreich-die-eu-braucht-keine-identitaet/>, letzter Zugriff 01.11.19.

Klingemann, Hans-Dieter; Fuchs, Dieter; Fuchs, Susanne; Zielonka, Jan (2006): „Introduction. Support for democracy and autocracy in central and eastern Europe“, in: Klingemann, Hans-Dieter; Fuchs, Dieter; Zielonka, Jan (2006) (Hgg.): Democracy and political culture in Eastern Europe“ London: Routledge, Bd. 15, S. 1-21.

Kneuer, Marianne (2017): „Politische Kommunikation und digitale Medien in der Demokratie“, 09.10.2017, unter: <http://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/medienkompetenz-schriftenreihe/257593/politische-kommunikation-und-digitale-medien-in-der-demokratie>, letzter Zugriff 25.10.19.

Kneuer, Marianne; Salzborn, Samuel (2016): „Digitale Medien und ihre Wirkung auf politische Prozesse“, in: dies. (Hrsg.): Web 2.0 – Demokratie 3.0. Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Sonderheft 7, S. 1-15.

Kunert, Jessica (2016): „Informations- und Transparenzinhalte auf den persönlichen Webseiten der Mitglieder des Europäischen Parlaments“, in: Kneuer, Marianne; Salzborn, Samuel (Hrsg.): Web 2.0 – Demokratie 3.0. Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Sonderheft 7, S. 41-65.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2019): „Fraktionen des Europäischen Parlaments“, unter: https://www.europawahl-bw.de/fraktionen_eu_parlament.html, letzter Zugriff 27.09.19

Leggewie, Claus (2017): Europa zuerst!: Eine Unabhängigkeitserklärung, Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH.

Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2018): Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Liebert, Ulrike (2019): „1. Dilemmata der Globalisierung - die Europäische Einigung im 21. Jahrhundert“, in: Liebert, Ulrike (Hrsg.) (2019): Europa erneuern! Eine realistische Vision für das 21. Jahrhundert, Bielefeld: transcript Verlag, S. 11-16.

Macron, Emmanuel (2017): „Rede von Staatspräsident Macron an der Sorbonne, Initiative für Europa“, Paris, 26.09.17, in: Französische Botschaft in Berlin, unter: <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatsprasident-Macron-im-Wortlaut>, letzter Zugriff 22.10.19.

Merkel, Wolfgang; Krause, Werner (2015): Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-65.

More in Common e. V. (2019): Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, unter: https://www.dieandereteilung.de/media/pgepw0oq/more-in-common_dieandereteilung_executive_summary.pdf, letzter Zugriff 31.10.19.

Organization for Security and Co-operation in Europe (2017): „Joint declaration on freedom of expression and “fake news”, disinformation and propaganda“, 3 March 2017, unter: <https://www.osce.org/fom/302796?download=true>, letzter Zugriff 30.09.19.

Rendueles, César (2015): Soziophobie. Politischer Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie, aus dem Spanischen von Raul Zelik, Berlin: Suhrkamp.

Thiel, Thorsten (2018) : „Digitalisierung: Gefahr für die Demokratie? Ein Essay“, Politikum: Analysen, Kontroversen, Bildung, ISSN 2364-4737, Wochenschau Verlag, Frankfurt a. M., Vol. 4, Iss. 3, S. 50-55.

Transparency International (2018¹): „Hungary“, unter: <https://www.transparency.org/country/HUN>, letzter Zugriff 17.09.19.

Transparency International (2018²): „Bulgaria“, unter: <https://www.transparency.org/country/BGR>, letzter Zugriff 17.09.19.

Transparency International (2018³): „Greece“, unter: <https://www.transparency.org/country/GRC>, letzter Zugriff 17.09.19.

Transparency International (2018⁴): „Romania“, unter: <https://www.transparency.org/country/ROU>, letzter Zugriff 17.09.19.

Transparency International (2018⁵): „Italy“, unter: <https://www.transparency.org/country/ITA>, letzter Zugriff 17.09.19.

Transparency International (2018⁶): „Malta“, unter: <https://www.transparency.org/country/MLT>, letzter Zugriff 17.09.19.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, Aachen, 22.01.2019, in: Die Bundesregierung, unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1570126/c720a7f2e1a0128050baaa6a16b760f7/2019-01-19-vertrag-von-aachen-data.pdf?download=1>, letzter Zugriff 06.11.19.

WAS DEMOKRATIE IN DER EU IM 21. JAHRHUNDERT BEDEUTEN KÖNNTE

von PROF. DR. KLAUS-JÜRGEN GRÜN

Vizepräsident des Ethikverbands der deutschen Wirtschaft e.V.
und Apl. Professor Goethe-Universität Frankfurt am Main

Hörer machen Bedeutung

Unser europäisches Demokratiemodell befindet sich in einer Krise. Es gibt Stimmen, die diese Krise als Auftrag zur Rückgewinnung gewohnter alter Kontrolle verstehen, und solche, die es als Ansporn zur Veränderung demokratischer Vorurteile sehen. Ich möchte mich der Wahrnehmung letzterer anschließen und Gründe für diese Bevorzugung darlegen. Welche Anpassungen des Demokratiemodells sind nötig, wenn demokratische Regierungen dem Druck globaler Funktionslogiken ausgeliefert sind?

Zu Beginn bitte ich Sie, Ihre Aufmerksamkeit auf den Infinitiv „bedeuten“ zu lenken. Dies gibt mir auch Gelegenheit hervorzuheben, dass verbrauchte philosophische Methoden einer Entwicklung von Demokratie erheblich schaden können. Eine kleine sprachphilosophische Demonstration möchte ich an den Anfang stellen. Es scheint mir im Zusammenhang mit der Komplexität, die sich mit zunehmender Digitalisierung der Welt ergeben hat, vereinfacht abzubilden. Sie können eine beliebige Person bitten, das Wort „Nein“ zu wiederholen. Wahrscheinlich wird sie reagieren mit dem Wort „Nein“. Stellen Sie daraufhin die Frage: „Warum nicht?“, und Sie werden Zeuge einer digitalen Verunsicherung.

Vergegenwärtigen Sie sich einmal detailliert, was wir bei diesem kleinen Experiment beobachten können. Die Reaktion auf meine Aufgabenstellung war das Aussprechen des Wörtchens „Nein“. Die Erwiderung meinerseits auf diese Reaktion war die Frage: „Warum nicht?“ Das wiederum löste die entscheidende Verunsicherung aus. Ich möchte diese Verunsicherung „Überforderung“ nennen. Diese Art der Überforderung können wir in unseren Gesellschaften inzwischen sehr viel häufiger beobachten als noch vor 20 Jahren.¹

¹ Ich denke hierbei an die Überforderung, die auftritt, wenn eine 16-jährige Schülerin aus Schweden vollkommen unerwartet für die professionelle Politik zu Demonstrationen „Fridays for Future“ aufruft und eine Massenbewegung bei jungen Menschen auslöst. Ich denke auch daran, dass ein 25-jähriger Youtuber einen geharnischten Verriss der CDU kurz vor der Europawahl 2019 im Netz verbreitet, der Millionen von Anhängern in ihrer politischen Stimmung beeinflusste. Ich denke aber vor allem auch

Beim genaueren Hinschauen können wir nämlich sehen, dass diese Überforderung dadurch ausgelöst wurde, dass wir dem Wörtchen „Nein“ nicht ansehen können, ob es die Erfüllung der Aufgabe oder die Verneinung der Aufgabe bedeutet. „Der Hörer, nicht der Sprecher, bestimmt die Bedeutung einer Aussage“², wie es in einschlägigen Studien der Systemtheorie lautet. Wann immer Sie dieses kleine Experiment mit anderen darauf unvorbereiteten Menschen durchführen, werden Sie bemerken, dass die Überforderung mit einer enttäuschten Erwartung zu tun hat. Der Sprecher des Wortes „Nein“ sieht sich der Aporie gegenüber, dass er keine Kontrolle darüber hat, seine intendierte Bedeutung – nämlich die Bedeutung „Ausführung“ der Aufgabe, das Wörtchen „Nein“ zu wiederholen – unverkennbar in das gesprochene Wort hineinzulegen. Aber diese Kontrolle zu besitzen hat der Sprecher im Laufe seines Lebens sich einzubilden erlernt. Philosophische Theorien bestärkten ihn seit Jahrhunderten in dieser Einbildung. Jetzt muss er darüber hinaus noch wahrnehmen, dass es allein in der Macht des Empfängers des Wörtchens „Nein“ liegt, es mit wirkungsvoller Bedeutung aufzuladen.

Der Empfänger seinerseits muss eine innovative Fähigkeit besitzen. Es ist zugleich die Fähigkeit zu einer Freiheit, die für ein Verständnis von Demokratie beharrlich an Bedeutung gewinnt. Der Empfänger muss die Fähigkeit besitzen, einen Unterschied zu machen. Wenn er nämlich nicht anders kann, als im Sinne unserer philosophischen wie auch alltäglichen Denk- und Sprachgewohnheiten dem Wörtchen „Nein“ nur eine einzige, eindeutige, selbstredende, objektive Bedeutung zuzusprechen, dann kommt der kommunikative Akt nicht aus dem Zirkel der Überforderung heraus.³ So ist das auch in der folgenden Geschichte: „Treffen sich zwei Freunde. Fragt der eine: 'Wohin gehst du?'; antwortet der andere: 'ins Kino'; fragt der erste zurück: 'Was läuft da?'; Antwort: 'Quo Vadis'; erneute Frage: 'Was heißt das?'; Antwort: 'Wohin gehst du?'; Antwort des anderen: 'ins Kino'“ und so weiter bis ins Unendliche. Wir haben hier fast eine gewöhnliche Situation

darin, dass die Frage, ob die in beiden Bewegungen wirksamen Argumente überhaupt einer genaueren Prüfung standhalten können, keine Rolle spielt. Entscheidend ist, dass sich in unserer digitalen Welt nicht mehr wie erwartet vorhersagen lässt, welche Störungen das System in welche neue Richtung bewegen.

² Heinz von Foerster, *Der Anfang von Himmel und Erde hat keinen Namen*. Eine Selbsterschaffung in sieben Tagen, hrsg. von Albert Müller und Karl H. Müller, Kulturverlag Kadmos, Berlin 2008. ebook.

³ Roman Jakobson, Morris Halle, *Fundamentals of Language*, Mouton & Co. The Hague 1956, S. 67, bringen eine weitere Bedeutung zum Tragen. Einen Patienten mit einer Aphasie haben sie aufgefordert, das Wort „Nein“ zu wiederholen. Er antwortete: „No, I don't know how to do this“. Er war offenbar in der Lage, das Wort im Kontext zu verwenden, aber nicht isoliert zu wiederholen.

vor uns, in dem die Antwort die Frage ist und die Frage die Antwort. Und in der gerade geschilderten Szene wechseln tatsächlich nach jeder Wiederholung der Fragende und der Antwortende ihre Rollen. Und auf die Frage „Was ist Demokratie?“ antworten zahlreiche Aufklärer – zwar oftmals so chiffriert, dass es Leser kaum entschlüsseln können: „Was die demokratischen Werte verwirklicht hat.“

In zahlreichen kommunikativen Akten wiederholt sich dieses Dilemma. Und es hat damit zu tun, dass wir wenig darauf achten, dass der Empfänger eines sprachlichen Codes in der Lage sein muss, einen Unterschied zu machen. In unserem Beispiel mit dem Wörtchen „Nein“ müsste der Empfänger des Wörtchens in der Lage sein zu unterscheiden, ob „Nein“ die Verneinung der Aufgabe oder ihre Ausführung bedeuten sollte. Nachdem ich für mich die Freiheit erfunden hatte, einen Unterschied zu machen, muss ich mich entscheiden, im Sinne einer von mehreren Bedeutungen zu reagieren. Und für diese Entscheidung trage ich die Verantwortung. Nur dann, wenn ich mich entschieden habe, dass „Nein“ die Ausführung der Aufgabe bedeute, dann entsteht kein auswegloser Zirkel, keine Aporie, dann kann sich ein weiterer kommunikativer Akt anschließen. Während der Sprecher jedoch glaubte, es müsse doch eine perfekte Analogie zwischen der von ihm intendierten Bedeutung des Wörtchens „Nein“ und meiner Auffassung geben, müssen wir im digitalen Denken anerkennen, dass Intentionalität nicht das Zentrum von Bedeutung ist. Die Deutungshoheit für Entscheidungen verlagert sich durch die Bildung eines Europa, aber zugleich auch durch zunehmende Globalisierung von einer zentrierten Steuerung auf eine dezentrierte Deliberation.

Strukturen der Nationalstaaten, ihre Ökonomie, ihre Religion, ihre Kultur, ihre Wissenschaft, ihre Sprache, brechen auf im Prozess der Globalisierung und vernetzen sich mit den Strukturen anderer Nationalstaaten. Dieser Prozess führt zur Überforderung der nationalstaatlichen Kontrollorgane. Es ist eine Überforderung aufgrund gesteigerter Zunahme von Komplexität auf nahezu allen Ebenen. Auf diese Überforderung reagieren Institutionen der Macht nicht selten mit gesteigerten Anstrengungen der Kontrolle. Protektionismus, Zensur, Sprachkontrolle, Religionsfeindlichkeiten und anderes betrachte ich als beobachtbare Auswirkungen dieser Überforderung. Sie haben die Funktion, Veränderung zu verlangsamen oder sogar zu verhindern, und sie werden weitgehend erlebt als ein Schutzmechanismus gegen Veränderung.

Überfordert sind wir auch durch unsere für objektiv gehaltenen Prinzipien der Ethik und der Moral. Sind wir einst davon ausgegangen, dass die Entscheidung für Demokratie einen mündigen Bürger voraussetzt – Immanuel Kant sprach von der Selbstbefreiung aus der „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ –, so müssen wir heute zur Kenntnis nehmen, dass widerstreitende Interessengruppen sich wechselseitig Unmündigkeit vorwerfen. Armin Nassehi hat jüngst für die F.A.Z. die *Meinung* zur Diskussion gestellt, dass nicht nur Greta Thunberg sich dem Vorwurf ausgesetzt sieht, sich ein Unterscheidungsvermögen anzumaßen, das ihr aufgrund ihres Alters nicht zustehe. Vor allem sei die „in der Klimadebatte [die] gespielte Naivität der Kritiker Greta Thunbergs“ kindisch. „Es geht darum“, schreibt Nassehi mit Verweis auf den nach wie vor lesenswerten holländischen Historiker, „was Huizinga die Leugnung von Unterscheidungsvermögen nennt. Es wäre die autoritärste Welt, die man sich vorstellen kann, weil sie keine Abweichung vertragen kann.“⁴

Während unsere frühere Auffassung von Demokratie einen mündigen Bürger vorausgesetzt hatte und den Unmündigen für unmündig erklärte, verteidigen heute auch diejenigen, die wir früher für unmündig erklärt hatten, ihr Mitspracherecht an der Gestaltung von Demokratie. Worauf könnten wir achten, wenn wir uns entscheiden müssen, wen wir wählen, damit er unsere politische Wirklichkeit stärker als andere beeinflussen kann?

Kategorienwandel

Wie schwer die Verlagerung der Bedeutung kommunikativer Akte vom Sender zum Empfänger zu ertragen ist, können wir schon aus den hilflosen Versuchen des früheren Kulturstaatsministers Julian Nida-Rümelin erkennen, der in seiner Verkündigung eines „digitalen Humanismus“ vor allem das Fortwirken einer alten analogen Illusion pflegt, wenn er alternativlos feststellen will: „Ohne Intentionalität keine Bedeutung.“⁵ Nida-Rümelins Behauptung entspricht der Tradition einer Überbewertung der Bewusstseinsakte und scheint der unlängst von einem amerikanischen Scientific-Erfolgsautor geäußerten Vermutung Recht zu geben: „Die Zukunft ist bereits da – sie ist nur nicht sehr gleichmäßig verteilt.“⁶

⁴ Armin Nassehi, *Der Geist der uniformierten Meinungen - Puerilismus im Sinne von Johan Huizinga: Kindisch ist in der Klimadebatte die gespielte Naivität der Kritiker Greta Thunbergs*, F.A.Z. vom 21.8.2019.

⁵ Julian Nida-Rümelin, Nathalie Weidenfeld, *Digitale Humanismus, Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz*, Piper Verlag GmbH, München 2018, ebook.

⁶ William Ford Gibson. Vgl. <https://interactions.acm.org/archive/view/march-april-2017/the-future-is->

Verbrauchte politische Philosophien verteidigen ein feststehendes Muster von Kommunikation. Kommunikation beginne beim Sprecher und seiner vermeintlich rationalen Intentionalität. Sie nehmen an, dass Sprechakte sich auf die Wahrheit einer Aussage beziehen. In diesem Sinne legte John Searle die Fragestellung des Turing-Test durch sein Gedankenexperiment des „Chinesischen Zimmers“⁷ aus. Eine in einer Bibliothek sitzende Person, die nicht Chinesisch gelernt hat und es nicht versteht, erhalte codiert in chinesischen Schriftzeichen Aufgaben zugeteilt. Anhand eines Lexikons könne sie aber vergleichen, was bei dem Erhalt eines bestimmten Zeichens zu tun sei und führe diese Aufgabe aus. Jemand, der nur den Vorgang beobachte, könne versucht sein, dieser Person zu unterstellen, sie sei des Chinesischen mächtig, während sie es tatsächlich nicht ist. Searle hat die Gemeinschaft der Wissenschaftler davon überzeugt, dass es entscheidend sei, ob eine Person „wirklich“ Chinesisch verstehe oder nicht, um auch im Zeitalter einer KI zwischen einer Maschine und einem Menschen unterscheiden zu können. Aber Searle übersah, dass er niemanden zwingen kann, seine Unterscheidung für notwendig zu halten.

Wir stehen heute nämlich vor der Herausforderung, dass es umso weniger eine Rolle spielt, ob eine Person Chinesisch kann oder nicht, je perfekter die Person in der Bibliothek die ihr vorgelegten Aufgaben erledigt. Searles These, dass Sprechakte ohne Intentionalität keine Bedeutung haben könnten, wird in dem Moment bedeutungslos, wo allein oder hauptsächlich der Empfänger eines Signals die Bedeutung festlegt. Die Bewusstseinsleistungen des Senders einer Botschaft leisten nicht mehr das, was ihnen frühere ethisch-moralische Bewusstseinsphilosophien zugeschrieben haben.

Die Selbstüberschätzung der Bewusstseinsleistungen, die sich als Voraussetzung ethisch-moralischer Entscheidungen stilisiert hatten, ist durchschaubar geworden. Den Beginn dieser Entwicklung können wir spätestens bei Friedrich Nietzsche beobachten, dessen Werk sich hauptsächlich mit der Abrüstung jener Eitelkeit auseinandersetzt. „Das meiste bewußte Denken eines Philosophen“, lautet es in *Jenseits von Gut und Böse*, „ist durch seine Instinkte heimlich geführt und in bestimmte Bahnen gezwungen. Auch hinter aller Logik und ihrer anscheinenden Selbstherrlichkeit der Bewegung stehen Wertschätzungen, deutlicher gesprochen, phys-

already-here.

7 John R. Searle, *Minds, Brains, and Programs*, in: *The Behavioral and Brain Sciences*, 1980 (3), 417–457.

logische Forderungen zur Erhaltung einer bestimmten Art von Leben.“⁸ Bewusstseinsphilosophie hat diese von Nietzsche beobachtete physiologische Bedingtheit stets kategorisch abgelehnt. Das ist verständlich, weil ein Bewusstseins-erlebnis sich nicht anfühlt wie ein leiblicher Zustand. Daraus hat man ohne Notwendigkeit gefolgert, dass der Bewusstseinszustand keine Funktion des Leibes sei, sondern ausschließlich eine Funktion des intentionalen Geistes.

Indem unsere Ethiken noch immer von der Intentionalität des „Ich“ und seiner zentralen Kontrollinstanz ausgehen, bilden sie auch die Erwartung aus, dass der jeweils andere moralisiert oder sogar demokratisiert werden müsse. Vorrangig ist dabei an die deontologischen Ethiken zu denken mit ihrem transitiven Imperativ „du sollst!“. Bereits kurz nach der letzten Jahrtausendwende haben die stumpfen Messer der transitiven Ethiken daher anzurennen versucht gegen die Ansprüche der Hirnforscher. Unter Verwendung von Metaphern der Physiologie haben Biologen, Mediziner und andere Naturwissenschaftler plausibel begründen können, dass auch der fundamentale Begriff deontologischer Ethiken, die „Willensfreiheit“⁹, nichts weiter als eine nützliche Metapher oder eine hilfreiche Illusion sei. Vielen Forschern sind die abwehrenden Versuche des von Geisteswissenschaftlern kontrollierten Ausschlusses derjenigen, die im ethischen Diskurs nicht mitreden sollten, noch

8 Friedrich Nietzsche, *Jenseits von Gut und Böse*, 1, 17.

9 Dass offenbar einige Verteidiger der absoluten Kontrolle durch Intentionalität und einer Philosophie des Geistes selbst nicht glauben, was sie schreiben, zeigen manche Unterstellungen, die sie wider besseren Wissens zur Verwirrung des Publikums anbringen. So behauptet Nida-Rümelin: „Der Naturalismus, der insbesondere in den Neurowissenschaften verbreitet zu sein scheint, bestreitet also menschliche Freiheit und Verantwortung unter Verweis auf das determinierte System des Gehirns, das durch seine genetische und epigenetische Prägung sowie durch sensorische Stimuli gesteuert sei.“ (Julian Nida-Rümelin, Nathalie Weidenfeld, *Digitaler Humanismus*, a.a.O.) Es interessiert ihn wahrscheinlich nicht – weil die Adressaten seiner Bücher auch nichts anderes lesen wollen –, dass Naturalisten und Naturwissenschaftler eine völlig andere und wesentlich differenziertere Auffassung haben. Stellvertretend für zahlreiche Biologen sei hier nur an die Beschreibung Fritz Simons erinnert: „Der Organismus als System bildet eine der Umwelten des Interaktionssystems. Ohne seine Existenz könnten die Elemente des Interaktionssystems nicht hergestellt werden; zu betonen ist, dass die organischen Bedingungen nicht determinieren, welche Verhaltensweisen im Einzelfall vollzogen werden, sondern lediglich den Bereich möglichen Verhaltens limitieren.“ (Fritz B. Simon, *Unterschiede, die Unterschiede machen. Klinische Epistemologie. Grundlage einer systemischen Psychiatrie und Psychosomatik*, mit einem Geleitwort von Helm Stierlin, Frankfurt am Main, Suhrkamp 1993.) Armin Nassehi hat jüngst aufmerksam gemacht darauf, dass oft „der Verlust von etwas beklagt [wird] oder etwas zu retten versucht, das es so nie gab. ... gegen die Hirnforschung und ihre zum Teil aufregenden Ergebnisse wird ein freier Wille gerettet, den man vorher in dieser Form nicht kannte; und Technikkritik übersieht gerne, woran frühere Sozialformen oft gekrankt haben.“ (Armin Nassehi, *Muster-Theorie der digitalen Gesellschaft*, C.H.Beck, München 2019, ebook.)

vertraut.¹⁰ Erlaubt sei es nämlich nicht, zu sagen: „Nicht das Ich, sondern das Gehirn hat entschieden“.¹¹ Diese Formulierung sei ein Kategorienfehler. Wer vom Geist in den Metaphern der Materie spreche, begehe diesen Kategorienfehler und brauche nicht im wissenschaftlichen Diskurs berücksichtigt zu werden.¹² Geist existiere nicht auf dieselbe Weise wie Materie, gab Gilbert Ryle wegweisend zu bedenken. Diesen Unterschied müsse selbstverständlich auch das Sprechen berücksichtigen. Ryle hatte nur vergessen hinzuzufügen, dass die Rede vom Geist überhaupt erst die Vorstellung seiner Existenz erzeugen könnte. Schließlich kann man ja auch auf die Rede vom Geist verzichten und auf diese Weise gar nicht in Versuchung kommen, den Kategorienfehler zu begehen. Den Nutzen des Verbots des Kategorienfehlers genießen demnach nur diejenigen, die grundsätzlich nicht verzichten wollen auf die Rede vom Geist.

Und in anderer Hinsicht ist der Nutzen des Verbots gänzlich unsichtbar. Die zahlreichen Verbote des Kategorienfehlers, die einer ethisch-moralischen Intentionalität verpflichtet waren, haben nicht verhindern können, dass kalkulierte „Kategorienfehler“ inzwischen unübersehbar die politischen Strukturen maßgeblich beeinflussen. Beispielhaft erinnere ich nur daran, wie Metaphern aus der Chemie – „der Feind wird neutralisiert“; Metaphern aus der Biologie – „Manager sind Heuschrecken“ oder „Asylanten erhalten eine Karnickelprämie“; Metaphern aus der Hygiene – „Deutsche Radsport-Teams versuchen, den Sport zu säubern“ – als Stigmawörter Werturteile zur Manipulation gesellschaftlicher Verhältnisse verwendet werden. Das ist kaum anders als die kalkulierte Verletzung demokratischer Selbstverständlichkeiten. Erheitert, aber machtlos haben wir dem

¹⁰ Vgl. beispielsweise Gerhard Roth, „Worüber dürfen Hirnforscher reden - und in welcher Weise?“ in: DZPhil. Berlin 52 (2004) 2. 223-234.

¹¹ Ebd.

¹² Zwar gibt auch Peter Janich vor, das Problem des von Naturwissenschaftlern benützten und unerlaubten Kategorienfehlers klären zu wollen, indem er uns schulgerecht versichert: „Der Kategorienfehler im kausalen Erklären entspricht genau dem im Definieren: Der erklärte Sachverhalt gehört zu einer anderen Kategorie als der erklärende.“ (in: Frankfurter Rundschau vom 12. Juli 2010.) Aber auch er gelangt nicht heraus aus dem Zirkel, sondern beansprucht für sich einen beobachterunabhängigen Standpunkt, vom dem aus betrachtet „der Geist“ im Sinne Gilbert Ryles Ansicht eine eigenständige Sache sei, bei der man nicht von einer Metapher sprechen könne. Janich könnte sich aber auch auf Nietzsche besinnen, nach dem nicht nur Priester „Narren ihrer eigenen Fabeln“ geworden sind und vergessen haben, dass sie diese bloß erfunden haben. Der Mensch „vergißt also die originalen Anschauungsmetaphern als Metaphern und nimmt sie als die Dinge selbst“. Der zentrale Kategorienfehler ist die Verwechslung von Karte und Territorium“, wie es eine einschlägige Studie über Metaphern unter Verwendung der Einsichten Nietzsches klärt. (Georg Schöffel, *Denken in Metaphern - Zur Logik sprachlicher Bilder*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1987, S. 112.)

Präsident der Türkei im Frühjahr 2019 zugeschaut, als er die erfolgte Wahl des Oppositionskandidaten Ekrem Imamoglu in Istanbul mit präsidialer Macht für ungültig erklärte und diese Erklärung als „Sieg der Demokratie“ ausgewiesen hatte. Wir waren der Meinung, dass Erdogan das Wort „Demokratie“ nicht verwenden dürfe, für das, was er getan habe. Auf breiter Front erleben wir – beispielsweise durch „Zwangsurlaub“ der Parlamente oder Hinnehmen rassistischer Forderungen – eine Verletzung demokratischer Selbstverständlichkeiten mit dem Anspruch, diese als Ausdruck von Demokratie zu tolerieren.

Umgekehrt sehen wir zahlreiche Verteidiger unserer Demokratien damit überfordert, dass erklärte Feinde unseres herrschenden Demokratieverständnisses ein demokratisches Mitspracherecht beanspruchen, indem sie sich demokratisch in Funktionsämter wählen lassen. Und wenn deutsche Politiker den Oppositionsführer Joshua Wong aus Hongkong zu einem Gespräch empfangen, sehen sie sich der Verletzung der Souveränität Chinas ausgesetzt. China erklärte Wong zu einem Komplizen der Gewalt gegen den Staat und deutsche Politiker damit zu Verteidigern der Gewalt gegen China. Kaum eine Form von Machtinteressen lässt sich nicht als Verteidigung von Demokratie ausweisen. Der bloße Hinweis darauf, dass die Intentionalität mancher Rede von Demokratie nicht wirklich Demokratie wolle, ist unbrauchbar geworden. Die Kategorien verschwimmen, und die Auflösung des Geistes in der Physiologie des Leibes dürfte der am wenigsten bedeutsame Kategorienfehler sein.

Wie viel Demokratie aber verträgt Demokratie? Es hat den Anschein, als hätten wir uns bei der Frage nach Demokratie mit Antworten eines autopoietischen Systems zu tun. In einem solchen System gibt es weder einen außerhalb stehenden objektiven Beobachter noch eine von der Eigendynamik unabhängige Beschreibung oder Definition. Auch Kategorien existieren nicht als eine von der zu beschreibenden Sache unberührten Form. Kategorien verändern sich mit der Veränderung des Systems, und die Rede vom Kategorienfehler erweist sich darin als ein Anspruch, Menschen vor Veränderung in Schutz nehmen zu müssen. Was unser Denken bestimmten Kategorien zuordnet, ist nicht von sich aus kategorial geordnet – zumindest ist es nicht nötig, diese objektivierende Sprache zu verwenden. Wer den kategorialen Unterschied zwischen wahr und falsch, gut und böse und Ähnliches voraussetzt, teilt uns nicht eine Wahrheit über die Welt mit, sondern übt den Zwang aus, nach einem

herrschaftlich oder intentional festgelegten Muster ausnahmslos einordnen zu müssen.

Agitatoren unterwandern Demokratie

Zur analogen Illusion unserer transitiven Ethiken und ihrem Festhalten an der kategorialen Getrenntheit von Ökonomie, Natur und intentionalem Geist gehört der existentielle Operator. Heinz von Foerster nannte ihn den „Trick oder die Falle, in die man so leicht geht“.¹³ Der existentielle Operator ist das Wörtchen „ist“, mit dem ein Sprecher den Eindruck erweckt, er beschreibe von einem außerhalb des Systems stehenden Beobachterstandpunkt und beschreibe nur, was „ist“. Dabei verdunkelt er allerdings, dass er eine Beobachtung macht und dass das, was „ist“ ein „Gemachtes“ ist. Zu jeder Beobachtung gehört eine Perspektive. Wer nicht nur vorgibt genau sein zu wollen, müsste stets, wenn er von „ist“ sprechen will, ausdrücklich machen, dass er „beobachtet“. Wer der Versuchung des existentiellen Operators widerstehen kann – wie wir das bei wenigen Autoren wie etwa Nietzsche lernen – kann sich damit anfreunden, dass Sprache niemals aus dem Reich der Metaphern herauspringen kann. Er konzentriert sich auf die Beobachtung des Beobachters. Ethik ist dann nicht mehr die Beschreibung objektiver Wahrheiten über präskriptive Sätze und die Vermeidung von Kategorienfehlern. Ethik wird jetzt zur Entscheidung für den einen oder den anderen Beobachterstandpunkt und zur Übernahme der Verantwortung für das, wofür wir uns entschieden haben. Demokratie ist in diesem Sinne ebenso wenig die analoge Umsetzung eines abstrakten Gedankens in die Wirklichkeit, der alles, was anders als erwartet geschieht, als *Das Ende der Demokratie* dämonisiert.¹⁴ Die Selbsterzeugung von Demokratie im demokratischen Prozess hat jüngst Dirk Baecker in einer Standortbestimmung der nächsten Gesellschaft unter Verzicht auf den existentiellen Operator zum Ausdruck gebracht. „Die Demokratie legt den Akzent

¹³ Heinz von Foerster, *Der Anfang von Himmel und Erde* a.a.O. – Armin Nassehi weist darauf hin, dass die „epistemologische Perspektive nicht nur von heutigen systemtheoretischen Epistemologien bestätigt [wird], sondern ... auch an Ergebnisse der Hirnforschung anschließbar [ist]. Wolf Singer etwa formuliert, das Gehirn nehme keine Außenwelt wahr, sondern gleiche nur eigene Zustände, generiert durch die Wahrnehmung (nicht durch das Wahrgenommene!), mit eigenen Hypothesen ab und sei letztlich auf Bestätigung aus (vgl. Wolf Singer: *Der Beobachter im Gehirn. Essays zur Hirnforschung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2002, S. 72). Man muss nicht die kultur- und geisteswissenschaftlichen, allzu konventionellen Folgerungen Singers teilen, um nicht wenigstens sehen zu können, dass sich heute eine konstruktivistische Epistemologie nicht mehr gegen naturalistische Beschreibungen ausspielen lässt.“ (Armin Nassehi, *Muster - Theorie der digitalen Gesellschaft*, a.a.O.)

¹⁴ Vgl. Yvonne Hofstetter, *Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt*, C. Bertelsmann, München 2016.

auf einen ersten, die Politik schlechthin konstituierenden Akt, in dem entschieden wird, wer wählen und wer gewählt werden darf. Dieser Akt ist kein Ursprungsakt im zeitlichen Sinne. Er muss nicht in grauer Vorzeit getroffen worden sein. Er kann immer wieder neu vollzogen werden und infiziert so die Politik mit jenem Maß an Unbestimmtheit und daran ansetzender Bestimmbarkeit, das den Namen einer Politik erst verdient.“¹⁵

Wir haben uns in der Tradition westlicher Philosophien bislang davon leiten lassen, dass es einen maßgeblichen Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge sowie zwischen Gut und Böse, aber auch Freiheit und Nicht-Freiheit „gibt“. Allein durch das Festlegen auf diese Unterscheidungen haben wir auch denjenigen den Boden bereitet, die solche Metaphern für ihre eigenen Interessen am besten ausbeuten können. Als Trump seinen früheren Anwalt Michael Cohen als einen Lügner bezeichnete, konnte er sich auf die Wirkung jener Unterscheidungen verlassen. Dabei müssen wir es nicht für wichtig erachten, ob Cohen ein Lügner „ist“ oder nicht. Entscheidend war doch nur, ob der „Lügner“ Geld von Trump erhalten hatte, um ein Callgirl zum Schweigen zu bringen. Beobachten wir doch lieber, wie sehr der Erfolg der „Freunde der Demokratie“ davon abhängt, wie gut es ihnen gelingt, durch Ausweichen auf vermeintlich feststehende, aber abstrakte ethisch-moralische Bedeutungen abzulenken von konkreten Fragestellungen und Aufgaben.

Forschungen zur Propaganda des Antisemitismus und Rassismus haben aber schon längst gezeigt, dass die Konstruktion von Feindbildern wirkungsvoll mit dem existentiellen Operator spielt. „Alle extremistischen Doktrinen“, lautet es in einer einschlägigen Studie hierzu, „erheben auf die ein oder andere Weise den Anspruch auf exklusiven Zugang zur historisch politischen Wahrheit – gleichgültig, ob man sich auf die Gesetze der Natur oder der Vernunft beruft. Die absolute Gewißheit, im Recht zu sein, läßt den Respekt vor den Auffassungen Andersdenkender schwinden. Die Überzeugung von der absoluten Gültigkeit der eigenen Visionen bringt jene fanatische Entschlossenheit hervor, der jedes zum Ziel führende Mittel legitim erscheint. Dabei wird die Tabula rasa in aller Regel dosiertem Experimentieren vorgezogen.“¹⁶ Dies legt die Vermutung

¹⁵ Dirk Baecker, *4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt*, Merve Verlag, Leipzig 2018.

¹⁶ Uwe Backes, Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik*. Propyläen, Berlin 1993, S. 40. Zitiert nach Bernhard Pörksen, *Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neo nazistischen Medien*, 2., erweiterte Auflage, mit einem Geleitwort von Johano Strasser, VS, Wiesbaden 2005, ebook.

verschiedener Autoren nahe, dass der Glaube an die objektive Wahrheit rassistischer Ideologen auch Gewaltbereitschaft aktiviert.

Der Gedanke, im Besitz der einzig wahren Auslegung der Geschichte zu sein, ziehe es nach sich, „daß der Welt in 'ihrem ureigensten Interesse' die Augen geöffnet werden müßten. Da es aber denkbar ist, daß sich die Welt 'als verstockt erweist, unwillig oder unfähig, sich der Wahrheit zu eröffnen, ergibt sich als zwangsläufiger nächster Schritt, was Hermann Lübke die ideologische Selbstermächtigung zur Gewalt nennt.' Auch die eine totalitarismustheoretische Konzeption vertretenden Autoren Uwe Backes und Eckhard Jesse, die sich intensiv mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen, beschreiben diese kausale Beziehung zwischen Wahrheitsglauben und Gewaltbereitschaft.“¹⁷

Nehmen wir weiterhin zur Kenntnis, dass ihre nach eigenen Konstruktionsmustern gefertigte Unterscheidung von Wahrheit und Lüge die vorherrschenden Metaphern der Rhetorik der Rassisten fundiert – „Auschwitz-Lüge“, „Lügenpresse“, „Fake News“, „Lügengebäude“, „Klimalüge“, „Kriegsschuld-Lüge“, „Befreiungslüge“, „Asyl-Lüge“ um nur einige Beispiele zu nennen –, dann begünstigen wir diese Fundierung durch unsere eigenen Ansprüche, stets zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden.

Bedauerlicherweise benötigen wir nicht einmal neue Erkenntnisse, um die Unterwanderer der Demokratie ausfindig zu machen. Schon in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben Autoren der *Kritischen Theorie* am Beispiel der USA Strukturen der geistigen Physiognomie von Agitatoren ausfindig gemacht. An den von Leo Löwenthal und Norbert Gutermann zusammengefassten Merkmalen hat sich bis heute wenig geändert: „Daß der Agitator eine vorhandene Unzufriedenheit ausnutzen will, ist offenkundig genug: er scheint sich ausschließlich an Leute zu wenden, die finden, daß sie unter grausamer Ungerechtigkeit leiden, und deren Geduld bis zum äußersten beansprucht ist. Aber wer den Wortlaut der Agitation genau prüft und auf Grund seiner Kenntnis anderer sozialer Bewegungen zu bestimmen sucht, welche spezielle Unzufriedenheit hier ausgesprochen werden soll, der wird immer wieder enttäuscht. Die Schwierigkeit liegt nicht darin, daß die Agitation ihm keine Antworten gibt, vielmehr darin, daß sie auf eine Frage antwortet, die er gar nicht gestellt hat: Wenn immer er nach einem ‚was‘ fragt, wird ihm geantwortet,

¹⁷ Bernhard Pörksen, *Die Konstruktion von Feindbildern*, a.a.O.

als habe er sich nach einem ‚wer‘ erkundigt. Er findet zahlreiche Schmähungen und empörte Hinweise auf Feinde, aber nirgends eine klare und objektive Definition der Zustände, unter denen die Zuhörer des Agitators angeblich leiden; bestenfalls findet man ungenügende und widerspruchsvolle Hinweise auf solche Zustände.“¹⁸

Helmut Willke beobachtet ein Versagen der Verantwortlichen in Regierungen und Parlamenten, wenn dort „als frei gedachte Entscheidungen zu katastrophalen und destruktiven Ergebnissen führen“. Dann sei das Konzept von Freiheit mangelhaft. „Es muss als Mangel eingeschätzt werden“, folgert er, „dass die *Folgenlastigkeit* komplexer Dynamiken nicht berücksichtigt ist, und dass die zeitliche Dimension von Entscheidungen ausgeklammert bleibt. Erst ein Begriff komplexer Freiheit erlaubt es, über die zu einfache Triade von Willensfreiheit, Entscheidungsfreiheit und Handlungsfreiheit hinaus zu greifen, und mit Komplexität, Kontingenz und Zeitlichkeit weitere Dimensionen hinzuzufügen.“¹⁹ „Mehrheiten von Populisten, Irrationalen, Inkompetenten oder Post-Faktischen sind manifest freiheitsgefährdend“, schreibt Willke und fährt fort: „Es wäre hoch riskant, deren Wahlsiege abzuwarten. Eine ernst gemeinte und wehrhafte Demokratie sollte sich die Freiheit leisten, *vorher* über mögliche Korrekturen und Abhilfen nachzudenken. Wenn die meisten Wähler töricht handeln, dann schaden sie nicht nur sich selbst. Sie schaden besser informierten und rationaleren Wählern, Minderheiten-Wählern, Nichtwählern, künftigen Generationen, Kindern, Immigranten und Ausländern, die nicht wählen dürfen, aber dennoch den demokratischen Entscheidungen unterworfen oder durch sie geschädigt sind.“²⁰

Das Experiment „Europa“ hat auch damit zu tun, dass es bei der Freiheit der Demokratie nicht nur darauf ankommt, wer uns regiert, sondern auch darauf, wie viel wir regiert werden. Dass diese von Isaiah Berlin mit seinem berühmten Beitrag über die *zwei Begriffe der Freiheit*²¹ angestoßene Diskussion nicht aufgegriffen wurde, hat möglicherweise auch dazu beigetragen, dass Unterwanderer der Demokratie vorgeben können, den Popu-

¹⁸ Leo Löwenthal, Norbert Gutermann, *Agitation und Ohnmacht. Auf den Spuren, Hitlers im Vorkriegsamerika*, Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1966, S. 9.

¹⁹ Helmut Willke, *Komplexe Freiheit - Konfigurationsprobleme eines Menschenrechts in der globalisierten Moderne*, transcript Verlag, Bielefeld 2019, ebook.

²⁰ Ebd.

²¹ Vgl. Isaiah Berlin, *Two Concepts of Liberty*, in: *Four Essays On Liberty*, (Oxford, England: Oxford University Press, 1969), S. 118-172.

lus davor schützen wollen, noch mehr verwaltet zu werden von „denen da oben“. Denn in der Überforderung durch gesteigerte Komplexität reagieren Herrschaftssysteme leicht mit einer Ausweitung ihrer Herrschaftsinstrumente (Internetzensur, Sprachkontrolle, Einschränkung weiterer Freiheitsrechte). Agitatoren erklären uns dann, die Freiheit schützen oder bringen zu wollen. Sie sagen nicht, dass sie gegen Demokratie seien. Sie sagen nur, sie seien gegen Überfremdung oder – etwa bei der Wahl des Bürgermeisters von Istanbul – gegen Unregelmäßigkeiten. So konnte es geschehen, dass unter dem Erlebnis demokratische Freiheiten zu pflegen, man „mal eben den Brexit beschließt, einen Rassisten zum Präsidenten der USA wählt oder in der Türkei, in Polen oder Ungarn autoritären Führern jubelt, weil diese nationalistische Instinkte befriedigen“.²²

Dass inzwischen zahlreiche Konzepte von Freiheit miteinander konkurrieren, kann nicht nach dem alten Muster beseitigt werden, dass jemand uns erklärt, die „wahre“ Freiheit zu bringen. Eine Diskussion darüber, welche Freiheiten wir haben wollen, hat bislang kaum stattgefunden. Es wäre sicher eine lohnenswerte Aufgabe, wenn im Europaparlament eine solche Diskussion angestoßen würde. Sie setzt allerdings voraus, dass man anerkennt, dass die Ansprüche auf Freiheit sich verändern und einer Güterabwägung unterliegen, nicht aber einer Erkenntnis absoluter Werte.

Entmoralisierung der Demokratie

Nach der systemtheoretischen Betrachtungsweise entstehen auch unsere Begriffe der Ethik, der Demokratie, der Freiheit sowie andere aus rekursiven Definitionen. Wer „Leben“ definieren will, kommt nicht umhin, dies als Lebewesen zu tun. Das ist allerdings in der Sprache einer verbrauchten Ethik ein eklatanter Kategorienfehler. Denn Leben gehört ihr zufolge in die Kategorie der biologischen Fakten, während Definieren zu den intentionalen Akten zählt. Die Aufmerksamkeit auf Kategorienfehler lenkt auch davon ab, dass, wer über Sprache spricht, sich bislang ebendieser Sprache bedienen muss. Und zu behaupten, dass sich jemand in der Kategorie „Geist“ bewege, wenn er über Sprache spreche, stellt eine überflüssige Annahme dar, die zwar nützlich ist, um die Kategorie „Geist“ nicht erlöschen zu lassen, die aber unsere Aufmerksamkeit ablenkt davon, dass dieser Geist immer noch als ein Gemachtes aufgefasst werden kann. Ein ethisch-

moralisches Verbot, dem „Geist“ keinen Schaden zufügen zu dürfen, gehört dann in die selbe Kategorie von unsinnigen Urteilen wie die Annahme, man könne durch die Eingabe des Kochrezepts die Suppe schmackhafter machen. Auch der „Geist“ bleibt eine Metapher, ebenso wie „die Freiheit“ und „die Demokratie“.

Wir belasten diese Metaphern mit Bedeutungen und verlieren aus den Augen, dass Bedeutungen einem Wandel unterliegen. Uns ist der Sinn für rekursive Definitionen noch zu schwach ausgebildet, um damit zu arbeiten, und um zu verstehen, wie die ethisch relevanten Begriffe, zu denen wir auch immer wieder „Demokratie“ rechnen, sich rekursiv definieren. Rekursionen sind so etwas wie Gemälde innerhalb von Gemälden, Filme innerhalb von Filmen, Geschichten innerhalb von Geschichten. Schon in seiner zum Kult gewordenen Studie *Gödel, Escher, Bach* aus dem Jahr 1979 versuchte Douglas R. Hofstadter seine Leser auf das digitale Zeitalter vorzubereiten, indem er die rekursiven Definitionen und die Paradoxien nebeneinander stellte: „Solche Definitionen“, schreibt er, „könnten bei einer oberflächlichen Betrachtung den Eindruck erwecken, daß etwas durch sich selbst definiert wird. Das wäre zirkulär und würde zu einer unendlichen Regression, wenn nicht zu einer eigentlichen Paradoxie führen. Tatsächlich führt aber eine rekursive Definition (wenn sie richtig formuliert ist), nie zu einer unendlichen Regression oder zu einer Paradoxie. Das rührt daher, daß eine rekursive Definition nie etwas durch sich selbst, sondern immer durch einfachere Versionen ihrer selbst definiert. ... Am häufigsten tritt Rekursion im täglichen Leben in Erscheinung, wenn man die Erfüllung einer Aufgabe zugunsten einer einfacheren Aufgabe, oft derselben Art, aufschiebt.“²³

Die Ergebnisse der detaillierten Betrachtung des oben genannten kleinen sprachphilosophischen Experiments und die Ausführungen zur Rekursion sind weitreichend. Sie offenbaren auch das Dilemma demokratischer Entscheidungen: „The scale of contemporary democratic nation states, the transnational nature of many issues, the complexity of the problems and the difficulty of arriving at consensus put limits on the feasibility of deliberative processes. In practice, therefore, deliberative processes come not as an alternative but in addition to representational democracy. They are mainly focused on specific topics and include selections of

²² Helmut Willke, *Komplexe Freiheit - Konfigurationsprobleme eines Menschenrechts in der globalisierten Moderne*, transcript Verlag, Bielefeld 2019, ebook.

²³ Douglas R. Hofstadter, *Gödel, Escher, Bach – ein Endloses Geflochtenes Band*, Klett-Cotta Deutscher Taschenbuch Verlag, 12. Auflage München 2008, ebook.

stakeholders.“²⁴ Wie eine offenbar erforderliche Verteilung der Macht aussehen kann, hat jüngst auch Helmut Willke dargelegt, indem er unter anderem auf längst erprobte Auslagerung von Expertisen verweist. „Sinnvoll erscheint daher die Strategie, Partizipation und Deliberation dort zu stärken und optimal zur Geltung zu bringen, wo die für bestimmte gegebene Problemfelder einschlägige Expertise versammelt ist. Dazu müssen erstens die Problemfelder prägnant umschrieben sein – etwa Geldpolitik, technische Infrastruktur, Bankenregulierung, Klimawandel, Energieoptionen, Schulreform, Gesundheitssysteme, Rentensysteme etc. Zweitens müssen die dazu passenden Expertengruppen und Fachgemeinschaften umrissen und die relevanten Anspruchsgruppen definiert und die Zugangsbedingungen für diese *communities* fair geregelt werden. ...All dies ist in einigen Bereichen wie Geldpolitik, Normenkontrolle, Wettbewerbspolitik, Rechnungsprüfung, Tarifautonomie oder Handwerkskammern längst passiert und hat sich bewährt. Die schleichende Verlagerung ist nicht als Veränderung des Demokratiemodells aufgefallen und thematisiert worden, weil die Fälle als Ausnahmen von der Regel angesehen wurden. Was nun aber mit einem diskursdemokratisch nicht mehr beherrschbaren Grad an Spezialisierung und Auffächerung des Wissens ansteht, ist eine Verallgemeinerung der Dezentrierung demokratischen Entscheidens von der Ausnahme zur Regel.“²⁵

Zu den berühmtesten Beispielen dieser Reaktion auf gesteigerte Komplexität gehören in der Vergangenheit die Auswirkungen der Erfindung der Schrift, dann des Buchdrucks, später des Prinzips der Energieumwandlung und zuletzt die Auswirkungen der Digitalisierung. In allen bekannten Fällen haben selbst die aufwändigsten Reaktionen im Sinne von Erhalt oder Wiedergewinnung bewährter Kontrollmechanismen nicht verhindern können, dass sich die Veränderung zu größerer Komplexität durchgesetzt hat. Es gibt allerdings Autoren, die das Erlebnis der Kontrolle überhaupt als die einzige Form der Steuerung ansehen. Nennen wir diese Position, die auf Verstärken und Wiedergewinnen verlorener Kontrolle im Umgang mit Überforderung setzt, den Standpunkt der Objektivität. Denn er geht ja nicht von der Kritik am eigenen Standpunkt aus, sondern davon, dass die außer Kontrolle geratenen äußeren Umstände wieder dem eigenen

²⁴ Huub Dijstelbloem, *Science in a Not so Well-Ordered Society: A Pragmatic Critique of Procedural Political Theories of Science and Democracy*. In: *Krisis. Journal for contemporary philosophy* (1) 2014: 39-52.

²⁵ Helmut Willke, *Dezentrierte Demokratie. Prolegomena zur Revision politischer Steuerung*, Suhrkamp, Berlin 2016, ebook.

Standpunkt angepasst werden müssten. Es gibt aber auch eine andere Reaktion auf das Erlebnis der Überforderung im Prozess der Zunahme von Komplexität. Diese Reaktion nenne ich die Reaktion des Beobachters. Er beobachtet, dass Veränderung stattfindet. Er beobachtet, dass im Prozess der Veränderung frühere Regeln der Steuerung mehr oder weniger versagen. Er beobachtet, dass andere anders auf den Prozess der Veränderung reagieren. Er entwickelt spielerisch neue Regeln zur Beschreibung neuer Strukturen in den Beobachtungen und stellt sie auf die Probe. Bewährtes verbessert er, Unbewährtes lässt er zunächst unberücksichtigt.

Wenn ich aus diesen Überlegungen meine Erwartungen an ein künftiges Europa und seiner Überwindung der Kleinstaatenpuzzles bilde, dann stehen folgende Punkte an oberster Stelle:

- Konsequente Umsetzung des Prinzips der Subsidiarität
- Beobachten der politischen Denkformen, die ihre Unglaubwürdigkeit verdunkeln
- Verzicht auf den Anspruch, an einer „wahren“ Demokratie interessiert zu sein
- Beobachten derjenigen, die andere bevorzugt der Lüge bezichtigen
- Beobachten der Einschränkungen der Freiheit und ihrer Begründungen
- Beobachten derjenigen, die uns Verkleinerung der Wahlmöglichkeiten als Auflösung der Komplexität anbieten
- Beobachten derjenigen, die unverhüllt durch ihr Nullsummenspiel Europa und die Globalisierung bekämpfen, statt sich einzubringen in die Ausbildung von politischen Positiv-Summenspielen, die uns daran erinnern, dass jeder auf Dauer nur gewinnen kann, wenn er andere nicht vom Gewinnen ausschließt.

Baecker, Dirk: 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt, Merve Verlag, Leipzig 2018.

Berlin, Isaiah: Two Concepts of Liberty, in: Four Essays On Liberty, (Oxford, England: Oxford University Press, 1969), S. 118-172.

Dijstelbloem, Huub: Science in a Not so Well-Ordered Society: A Pragmatic Critique of Procedural Political Theories of Science and Democracy. In: Krisis. Journal for contemporary philosophy (1) 2014: 39-52.

Gibson, William Ford: Vgl. <https://interactions.acm.org/archive/view/march-april-2017/the-future-is-already-here>.

Grün, Klaus-Jürgen: Das Spiel und seine Kontrolleure. Über die Angst vor dem offenen Ende. In: Silja Graupe, Walter Otto Ötsch, Florian Rommel (Hrsg.), Spiel-Räume des Denkens (Kritische Studien zu Markt und Gesellschaft), Metropolis, Marburg 2019, S. 163-180.

Grün, Klaus-Jürgen: Verlorene Dialektik – Karl Marx und die Vitalität des Kapitalismus. In: Nartex – Heft für radikales Denken, marx, ökonomie, politik, philosophie, 2018, S. 88-93.

Grün, Klaus-Jürgen: Wörter machen Menschenbilder. Eine professionstheoretische Vergewisserung. Words create human images: A Professional theoretical assurance, zusammen mit Nikolaus Meyer. In: Der pädagogische Blick, 27. Jg. 2019, H. 1, S. 5-16.

Hofstadter, Douglas R.: Gödel, Escher, Bach ein Endloses Geflochtenes Band, Klett-Cotta Deutscher Taschenbuch Verlag, 12. Auflage München 2008, ebook.

Hofstetter, Yvonne: Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt, C. Bertelsmann, München 2016.

Jakobson, Roman, Morris Halle: Fundamentals of Language, Mouton & Co. The Hague 1956.

Löwenthal, Leo, Norbert Gutermann: Agitation und Ohnmacht. Auf den Spuren Hitlers im Vorkriegsamerika, Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1966.

Nassehi, Armin: Der Geist der uniformierten Meinungen - Puerilismus im Sinne von Johan Huizinga: Kindisch ist in der Klimadebatte die gespielte Naivität der Kritiker Greta Thunbergs, F.A.Z. vom 21.8.2019.

Nassehi, Armin: Muster - Theorie der digitalen Gesellschaft C.H.Beck, München 2019, ebook.

Nida-Rümelin, Julian, Nathalie Weidenfeld: Digitaler Humanismus, Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz, Piper Verlag GmbH, München 2018, ebook.

Nietzsche, Friedrich: Jenseits von Gut und Böse.

Pörksen, Bernhard: Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien, 2., erweiterte Auflage, mit einem Geleitwort von Johano Strasser, VS, Wiesbaden 2005, ebook.

Roth, Gerhard: Worüber dürfen Hirnforscher reden - und in welcher Weise? In: DZPhil. Berlin 52 (2004) 2. 223-234.

Schöffel, Georg: Denken in Metaphern - Zur Logik sprachlicher Bilder, Westdeutscher Verlag, Opladen 1987, S. 112.

Searle, John R.: Minds, Brains, and Programs. In: The Behavioral and Brain Sciences, 1980 (3), 417-457.

Simon, Fritz B.: Unterschiede, die Unterschiede machen. Klinische Epistemologie. Grundlage einer systemischen Psychiatrie und Psychosomatik, mit einem Geleitwort von Helm Stierlin, Frankfurt am Main, Suhrkamp 1993.

von Foerster, Heinz: Der Anfang von Himmel und Erde hat keinen Namen. Eine Selbsterschaffung in sieben Tagen, hrsg. von Albert Müller und Karl H. Müller, Kulturverlag Kadmos, Berlin 2008. ebook.

Willke, Helmut: Dezentrierte Demokratie. Prolegomena zur Revision politischer Steuerung, Suhrkamp, Berlin 2016, ebook.

Willke, Helmut: Komplexe Freiheit - Konfigurationsprobleme eines Menschenrechts in der globalisierten Moderne, transcript Verlag, Bielefeld 2019, ebook.

DIGITALE DEMOKRATISIERUNG? ZUM NEUEN STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT

von JUN.-PROF. DR. SASCHA DICKEL

Juniorprofessor für Mediensoziologie

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Die Architekturen des Öffentlichen

Demokratie und Öffentlichkeit gehören zusammen. Mehr noch: Eine funktionierende öffentliche Sphäre wird oft als notwendige Voraussetzung für funktionierende Demokratien betrachtet. Doch was meinen wir eigentlich, wenn wir von Öffentlichkeit sprechen?

Das klassische Modell der Öffentlichkeit – vor dem Siegeszug von Radio und Fernsehen – ist noch am Paradigma einer öffentlichen Versammlung orientiert, auf der über Angelegenheiten diskutiert wird, die ein Gemeinwesen insgesamt betreffen. Diese Vorstellung eines *räsonierenden Publikums*, das sich zusammenfindet und in einen Diskurs tritt, ist bei Habermas die maßgebliche Keimzelle demokratischer Öffentlichkeit. Doch diese Vorstellung von Öffentlichkeit als Raum vernünftiger Diskurse mag schon immer etwas idealistisch gewesen sein. Beim Stammtisch, im Kaffeehaus oder auf dem Platz wird nicht nur räsoniert, sondern auch geschimpft, geflucht und emotional gestritten. Ohnehin folgte die Öffentlichkeit der modernen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts kaum mehr diesem Modell der Versammlung. Es hat ein einschneidender „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1993) stattgefunden. Öffentlichkeit wurde nun vor allem durch die Massenmedien hergestellt.

Doch auch die Blütezeit der Massenmedien neigt sich dem Ende entgegen. Ein neuer, ein digitaler Strukturwandel des Öffentlichen zeichnet sich ab. Was für eine Öffentlichkeit, die nicht nach dem Modell der Massenmedien operiert, produzieren digitale Medien? Produzieren sie – wie man oft gehört hat – eine demokratischere Öffentlichkeit? Vielleicht sogar eine, die grenzüberschreitend Gemeinschaftlichkeit herstellt, gar eine kollektive europäische Identität?

Dieser Beitrag widmet sich diesem digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Ich möchte über die Architekturen des Medialen sprechen, also darüber, wie die Medienwelt gebaut ist, in der die Demokratien des 21. Jahrhunderts existieren. Denn ebenso, wie es bei der Frage politischer Entscheidungen auf die Architektur der Institutionen ankommt, in denen diese Entscheidungen getroffen werden, stellt sich bei Öffentlichkeit die Frage, wie die Architekturen des Medialen aussehen, in denen öffentlich kommuniziert wird.

Die in diesem Beitrag angestrebte Fokussierung auf die Architekturen des Medialen bricht mit der Art und Weise, wie man *in* der Öffentlichkeit typischerweise *über* die Öffentlichkeit spricht. Denn da ist man typischerweise schnell bei konkreten Akteuren und dem, was sie tun und sagen. Man regt sich z.B. fürchterlich über die Tweets des US-amerikanischen Präsidenten auf oder darüber, wie eine Kommentatorin in den Tagesthemmen ein tagespolitisches Ereignis kommentiert.

Doch der Fokus auf die Akteure, die in der Öffentlichkeit auftauchen und Inhalte mitteilen, verdeckt den Blick auf die Strukturen in deren Rahmen sie sagen, was sie sagen, die medialen Architekturen. Der hier vorgeschlagene, strukturtheoretische Blick auf mediale Öffentlichkeiten wurde in den 1960er Jahren vom Medientheoretiker Marshall McLuhan in pointierter Weise ausbuchstabiert, und zwar durch die Formel „The medium is the message“ (McLuhan 2003). Damit meint McLuhan, dass der entscheidende Punkt von Medien nicht in den *Inhalten* zu suchen ist, die durch Medien transportiert werden, sondern eben in den *Strukturen* der Medientechnologien, in den Arten und Weisen, wie diese unsere Aufmerksamkeit lenken, wie sie unser Denken und Kommunizieren prägen, wie sie Möglichkeiten schaffen und Grenzen setzen. Er rät seinen Zeitgenossen daher, weniger auf die Botschaften zu achten, die durch die medialen Kanäle versendet werden, sondern auf die Kanäle selbst. So weist er etwa auf die kommunikative Revolution des Buchdrucks und seiner Bedeutung für Kultur und Gesellschaft hin. Sein Hauptinteresse aber gilt den Massenmedien des 20. Jahrhunderts. Und es sind solche Massenmedien, die aus mediensoziologischer Perspektive ganz entscheidend für das Verständnis moderner Gesellschaften sind. Wenn wir die digitale Medienwelt verstehen wollen, müssen wir zunächst die Massenmedien verstehen.

Die massenmediale Konstruktion gesellschaftlicher Einheit und objektiver Welt

Massenmedien sind technisch vermittelte Formen des Kommunizierens, bei denen ein Sender eine große Anzahl an Empfängern erreichen kann: Zeitungen, Radio und Fernsehen sind die prominentesten Beispiele. In all diesen Medien gibt es für das Publikum in der Regel keine Möglichkeit zur Rückkommunikation: Natürlich gibt es ausdifferenzierte Sonderformate, in denen das Publikum zu Wort kommt: Man denke an den Leserbrief in der Zeitung oder Fernsehsendungen, in denen Leute auf der Straße nach ihrer Meinung befragt werden. Aber dies sind zum einen selektive Ausnahmen von der Regel und sie unterliegen zum anderen der vollständigen Kontrolle redaktioneller Auswahl und Filterung.

Diese massenmediale Öffentlichkeit ist von Vertretern der Kritischen Gesellschaftstheorie als Scheinöffentlichkeit betrachtet worden. Habermas spricht hier von einem Strukturwandel weg von einem rasonierenden hin zu einem *konsumierenden* Publikum (Habermas 1993). Statt demokratische Diskurse zu ermöglichen, gilt diese massenmedial erzeugte Öffentlichkeit nun als eine, in denen mächtige Staatsapparate und Wirtschaftsunternehmen das Publikum in ihren Bann ziehen. Die Praxis des Publikums beschränkt sich weitgehend auf die Konsumtion von Inhalten, die das Interesse der Herrschenden explizit oder implizit zum Ausdruck bringen. Es ist verführerisch und gewiss und auch nicht ganz falsch, die Massenmedien so zu kritisieren. Mediensoziologisch anspruchsvoller ist es hingegen, zu beschreiben, warum Massenmedien für demokratisch-plurale Gesellschaften sinnvoll sind – gerade weil sie so funktionieren, wie sie funktionieren.

Massenmedien adressieren ihre Empfänger nicht als Individuen, ja meist nicht einmal als getrennte gesellschaftliche Gruppen. Sie adressieren sie als gesellschaftliches Kollektiv – als massenmediales *Publikum*. Da die gleichen Informationen allen Rezipienten zeitgleich verfügbar gemacht werden, entsteht hinterrücks eine virtuelle gesellschaftliche Einheit. Wenn wir abends die Tagesschau sehen und wissen, dass andere ebenfalls die Tagesschau gesehen haben, dann können wir bei allen Gesellschaftsmitgliedern ein gemeinsames Vorwissen an Themen unterstellen – ganz unabhängig davon, ob dieses gemeinsame Wissen tatsächlich

vorliegt. Massenmedien eröffnen „einen thematischen Horizont, auf den sich der Rezipient wie auf eine objektiv vorgegebene Welt beziehen kann“ (Wehner 1997, S. 101). Massenmedien wirken damit in doppelter Hinsicht integrativ. Zum einen konstruieren sie eine virtuelle Gemeinschaft, ein virtuelles *Wir*, zum anderen konstruieren sie die Welt, in der dieses *Wir* sich hier und jetzt befindet. Beides wirkt zusammen. Wir wissen so etwa, dass wir auf einem Globus leben, in dem es verschiedene Länder gibt, ein Europa, in das einige dieser Länder integriert sind, eine Demokratie namens Deutschland.

Wenn daher Niklas Luhmann schreibt, dass wir in einer „Realität der Massenmedien“ (Luhmann 1996) leben, ist damit diese real wirksame Fiktion gesellschaftlicher Einheit und objektiver Welt gemeint, die durch die thematische Filterung der Massenmedien erzeugt wird. Diese nüchterne, funktionalistische Betrachtung der Massenmedien macht ihre Kritik nicht gegenstandslos. Sie zeigt aber mit kühlem Blick, was sich ändert, wenn die massenmediale Konstruktion der Wirklichkeit ihren Zenit überschritten hat und fragil wird.

Die sozial-mediale Pluralisierung der Realität: Fünf Thesen

Mit dem Internet transformiert sich der Raum des Öffentlichen erneut. Massenmedien sind immer noch da, sie werden immer noch breit rezipiert, aber sie haben Konkurrenz bekommen. Ich möchte im Folgenden fünf Thesen vorstellen, was diese (gar nicht mehr so) neue Medienwelt ausmacht.

1. In der digitalen Ära wird das Publikum als Produzent relevant

Wenn wir über Digitalisierung und Öffentlichkeit sprechen, fällt schnell der Begriff der *sozialen* Medien. Die Bezeichnung neuer Medien als soziale Medien transportiert eine ganz bestimmte Vorstellung des Sozialen. Sozialität wird hier nämlich als Chance auf reziproke Kommunikation gedeutet. Soziale Medien folgen nicht dem Paradigma der einkanaligen Kommunikation. Und sie folgen auch nicht dem Paradigma eines konsumierenden Publikums, sondern dem eines *produzierenden Publikums*. Es können und müssen freilich nicht *alle* produzieren. Aber damit Social Media funktionieren, muss zumindest ein relevanter Teil des Publikums zu Produzenten medialer Inhalte werden.

In seinem Bestseller „We the media“ feiert Dan Gillmor das interaktive Web bereits als erstes „many-to-many“-Medium der Menschheitsgeschichte, welches die etablierte „one-to-many“-Berichterstattung ablösen werde: „Big Media, in any event, treated the news as a lecture. We told you what the news was. You bought it, or you didn't. [...] Tomorrow's news reporting and production will be more of a conversation, or a seminar. The lines will blur between producers and consumers, changing the role of both in ways we're only beginning to grasp now. The communication network itself will be a medium for everyone's voice" (Gillmor 2004, XIII).

Die Kritiker der Massenmedien sahen in der Interaktivität des Web eine Verwirklichung bereits lange bestehender Utopien einer Demokratisierung medialer Öffentlichkeit. So bemängelte etwa bereits Berthold Brecht die Einseitigkeit des Radios. Er imaginierte daher ein alternatives Radio, das es nicht nur verstünde „auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen“ (Brecht 1967, S.129).

Kein Zweifel: Die Radioutopie Brechts ist Wirklichkeit geworden. Doch ist eines zu bedenken: Die Zahl der Produzenten medialer Inhalte ist zwar ungemein angewachsen, aber damit wächst eben *nicht* zugleich die Zeitspanne, die jeder Einzelne zur Verfügung hat, um mediale Inhalte zu konsumieren. Das meiste, was gesagt wird, verhallt daher ungehört, ungesehen, ungelesen. Das führt mich zur zweiten These.

2. Auch in der neuen Medienwelt bilden sich Ordnungsmuster heraus, welche die mediale Selektion auf Rezipientenseite steuern.

Von diesem Ordnungsmustern möchte ich nun exemplarisch zwei vorstellen. Das erste ist der Hashtag. Jenes einfache Symbol dient seit etwa 10 Jahren dazu, Beiträge auf Social Media-Plattformen zu verschlagworten. Dabei knüpft der Hashtag an zwei Genealogien dessen an, was mit dem Begriff des Schlagworts gemeint ist: Zum einen dienen Schlagworte der Organisation von Wissen und werden etwa von Bibliotheken eingesetzt, um Literatur thematisch zuzuordnen. Zum anderen gilt das Schlagwort im gesellschaftlichen Diskurs als Mittel, um Themen

auf einen prägnanten Begriff hinzuspitzen und so wiedererkennbar zu machen. In beiden Fällen waren es im 20. Jahrhundert professionelle Gruppen, die Schlagworte verwendet haben, eben Bibliothekare und Wissenschaftler einerseits, Journalisten, Werbetreibende und Politiker andererseits. Auf Social Media-Plattformen wie Twitter und Instagram wird das Verschlagworten demokratisiert. So kann jeder Nutzer einen Hashtag vor ein Wort setzen, um es in ein Schlagwort zu verwandeln. Der Begriff Hashtag bezeichnet damit heute sowohl das Symbol selbst als auch einen Begriff, der mit demselben markiert wurde. Die Verwendung des Zeichens macht es anderen Nutzern einfach, Beiträge zu finden, die dem Hashtag zugeordnet sind. So erlaubt die Verwendung des Symbols, seine Beiträge explizit an bestehende Diskurse anzudocken oder selbst neue Themen auf die Agenda zu setzen, wenn ein spezifischer Hashtag sich im Netzwerk verbreitet. Es gibt dabei, im Kontrast zur Verschlagwortung in der Wissenschaft, keinen vordefinierten 'richtigen' Gebrauch von Hashtags. Richtig ist, was Anschluss findet (Bernard 2018).

Ein weiteres Ordnungsprinzip stellt der Algorithmus dar, der Nutzerdaten auswertet und dafür sorgt, dass die Timelines der großen Social Media-Plattformen geordnet werden – nach Relevanzkriterien, die für das Publikum eine black box bleiben. Aufgrund dieses Filters, mit dem Plattformen die Komplexität der Informationsflut reduzieren, kann ich mir nie sicher sein, ob mir Mitteilungen, die ich als relevant erachtet hätte, entgehen, weil sie sich von den Relevanzkriterien des Algorithmus unterscheiden. Nicht nur als Empfänger, sondern auch als Sender von Informationen bin ich mit dieser Unsicherheit konfrontiert: Ich kann nie sicher sein, ob die Informationen, die ich produziere, auch diejenigen erreichen, die sie erreichen sollen, oder ob sie im Meer anderer produzierter Informationen untergehen bzw. vom Algorithmus als irrelevant markiert werden (Dickel 2012).

Auch in der neuen Medienwelt wird also thematisch selektiert und gefiltert. Nur nicht mehr exklusiv von Redaktionen. Die Konstruktion der „Realität der sozialen Medien“ folgt anderen Ordnungsmustern und zwar auch und gerade Ordnungsmustern, die in die mediale Infrastruktur selbst eingeschrieben sind. Damit komme ich zur dritten These.

3. Soziale Medien machen den Konstruktionscharakter medialer Realität sichtbar

In hellsichtiger Weise stellte Josef Wehner bereits vor mehr als 20 Jahren die These auf, dass interaktive Medien, einen „Wandel von einem ‚ontologischen‘ zu einem ‚konstruktivistischen‘ Verständnis medial inszenierter Wirklichkeit [implizieren würden]. Denn wird der Interaktionsverzicht zwischen Sender und Empfänger aufgehoben, entfällt gleichzeitig der Latenzschutz für die Konstruktionsabhängigkeit der Medienrealität. Nicht mehr die durch das System der Massenkommunikation erzeugte ‚objektive‘ Welt, sondern die durch das neue Medium ermöglichte Vielfalt von Wirklichkeitsdarstellungen erregt nun die Aufmerksamkeit der Teilnehmer“ (Wehner 1997, S.108). Wehner vermutete, dass dadurch die Anschlussfähigkeit für alternative Wirklichkeitsdarstellungen rapide zunehmen würde – und er hat damit genau jene Diagnose in wesentlich tiefenschärferer Weise vorweggenommen, die heute unter dem Stichwort des ‚postfaktischen Zeitalters‘ breit diskutiert wird.

Die Gefahren für die Demokratie durch einseitige und stromlinienförmige Massenmedien sind bekannt, die Risiken durch soziale Medien hingegen noch kaum verstanden. Deren Herausforderung für die Demokratien des 21. Jahrhunderts ist nicht ihre Einseitigkeit, sondern vielmehr die öffentlich sichtbare *Pluralisierung* von Realität durch ein produzierendes Publikum. Damit findet auch populistische Kommunikation in sozialmedialen Verhältnissen einen außerordentlich fruchtbaren Nährboden.

Denn Populismus basiert auch und gerade darauf, sich zu den Wirklichkeitskonstruktionen einer unterstellten Elite in Opposition zu setzen. Und soziale Medien bieten eben genau die Chance, Dissens gegenüber einer vermeintlich herrschenden Meinung, die in den Massenmedien zum Ausdruck kommt, publikumswirksam zu artikulieren. Dass diese Artikulationen in den etablierten Massenmedien nicht gleichermaßen repräsentiert wird, gilt dann als Beleg dafür, dass man eine Sicht der Dinge repräsentiert, die von der Elite unterdrückt wird. Der *neue* Strukturwandel der Öffentlichkeit erlaubt es somit einer AfD, welche diese Medien virtuos nutzt, der Realität der führenden Massenmedien die Realität der AfD gegenüberzustellen. Und selbst aus einer Position der eigentlich Mächtigen, wie der eines amerikanischen Präsidenten lässt sich ein soziales Medium nutzen, um vorbei an der vermeintlich elitären

Wirklichkeitskonstruktion der Massenmedien eine alternative, vermeintlich volksnähere, Sicht der Dinge zu verbreiten. Die Pluralisierung öffentlich sichtbarer Diskurse führt somit auch zu einer Tribalisierung der medialen Sphäre, gepaart mit einer öffentlichen Hermeneutik des Verdachts.

Doch ist diese Analyse noch zu einseitig, sie ist zu sehr geprägt von bestimmten Plattformen, die wir gerne als soziale Medien bezeichnen, allen voran Facebook. Das führt mich zur vierten These.

4. Soziale Medien sind nicht gleich – sie können Dissense oder Konsense befördern oder sogar jenseits von Konsens und Dissens operieren

Ich möchte dies an drei Beispielen illustrieren: Facebook, Wikipedia und Instagram. Facebook ist ein Medium, das Dissense befördert. Das hat zunächst einmal mit der Infrastruktur der Diskurse zu tun, der hier geführt wird. Diese Diskurse erfolgen in Threads, die es möglich machen, jeder geäußerten Position eine neue Position hinzuzufügen. Dabei ist niemand genötigt, alle Beiträge im Thread zu lesen. Man wird vielmehr dazu verführt, schlicht und einfach auf die jüngsten Äußerungen zu reagieren. Es gibt auch keinen eingebauten Endpunkt, an dem eine Diskussion abzubrechen wäre. Vielmehr ist die Form des Threads darauf angelegt, dass es prinzipiell unendlich weitergehen könnte. Es ist damit nur eine Frage der Zeit, bis zu einer Position eine Gegenposition geäußert wird. Der Abbruch von Kommunikation ist nicht durch das Medium vorgegeben, sondern hängt von außermedialen Faktoren ab. Teilnehmer sind gelangweilt, frustriert, eingeschüchtert oder haben schlicht besseres zu tun. Fragt man sich nun, warum einige Diskurse auf solchen Plattformen leicht eskalieren können, gilt es ferner zu bedenken, dass zahlreiche zivilisierende Aspekte der Interaktion unter körperlich Anwesenden hier fehlen: etwa nonverbale Signale, die eine ständig mitlaufende Metakommunikation implizieren. Die Nähe des Gegenübers, die zum Takt anhält.

Darüber hinaus bietet die Plattform die Möglichkeit, in geschlossen Gruppen Heterodoxien zu kultivieren. Ideen, Haltungen und Lebensentwürfe, die in der Enge des Dorfes sozial sanktioniert würden und auch in der Großstadt womöglich anschlusslos blieben – weil man gar nicht so einfach

herausfindet, wo denn die Leute sind, die ähnlich ticken. Andernorts schwer anschlussfähige Ideen, Haltungen und Lebensentwürfe finden auf Facebook Gelegenheit zur Vernetzung und zur Vergemeinschaftung. Das hat ambivalente Konsequenzen. Angehörige von Minderheiten, die andernorts Diskriminierung fürchten müssten, finden hier Verständnis, Zuspruch und Unterstützung. Aber auch Rechtsradikale und Leute, die daran glauben, dass die Erde flach ist, finden hier einen sich selbst verstärkenden Resonanzraum.

Ganz anders als Facebook ist Wikipedia ein interaktives Medium, das Konsens erzwingt. Wikipedia folgt nicht der sequenziellen Logik des Threads, sondern einer topologischen Ordnung. Die enzyklopädischen Beiträge werden in einer Art und Weise verfasst, die nur die jeweils aktuellste Fassung im Vordergrund sichtbar macht. Frühere Versionen und die Diskussionen, die einen Beitrag begleiteten, sind unter dieser Oberfläche verborgen. Und auch wenn es Streit und Zank gibt: Die mediale Infrastruktur zwingt zur Kollaboration und zur Konsensfindung – wer sich darauf nicht einlassen kann, steigt aus. Wikipedia ist damit ein Medium, das der Idee eines Habermasianischen Diskurses in der Tat recht nahekommt. Gleichwohl mag dieser mühevoller Zwang zum Konsens auch ein Grund dafür sein, dass dieses Medium durch Plattformen wie Facebook unter Druck geraten ist: Denn dort muss „man sein Wissen [...] nicht erst aufwändig gegen eine vorhandene, oft schlecht gelaunte Community rechtfertigen und verteidigen [...]“. Alles hereingetragene Wissen steht auf Twitter oder Facebook erstmal da und die Communities wachsen dann drumrum. Auf sehr nachvollziehbare Art ist das sehr viel attraktiver als sich mit Wikipedia-Admins rumzuschlagen“ (Seemann 2019).

Instagram wiederum ist eine mediale Ökologie, in der weder Konsens noch Dissens eine wesentliche Rolle zu spielen scheinen. Denn es zählt nicht die Sprache, sondern das Bild. Instagram lädt zur Inszenierung des Selbst und dem Ausdrücken von Zustimmung und Faszination für die Inszenierungen Anderer ein. Mehr noch als bei anderen sozialen Medien wird hier das Private öffentlich gemacht.

Das bedeutet: Es ist müßig, über *die* sozialen Medien insgesamt zu sprechen, es kommt vielmehr darauf an, wie diese Medien konkret gestaltet sind, wer sie kontrolliert, was für eine Art von Kommunikation sie kana-

lisieren.

Doch ist auch dieses Bild, das ich bislang gezeichnet habe, immer noch höchst unvollständig. Wenn man die Architekturen von Medien betrachtet und betont, dass diese Architekturen die mediale Praxis prägen, sollte nicht der Eindruck entstehen, dass Menschen sich diese Architekturen nicht eigensinnig aneignen würden. Auch können wir sehen, dass beständig neue Architekturen gebaut werden. Und ja: das Versprechen einer digitalen Demokratisierung ist ein Leitbild, das weiterhin neue, experimentelle Designs des Digitalen zu provozieren scheint. Das führt mich zur fünften These.

5. Bürger nutzen digitale Medien als Experimentalraum der Partizipation

Bürger bilden Gruppen, die Hate Speech im digitalen Raum entgegenwirken. Sie organisieren über WhatsApp Proteste gegen die Trägheit der Klimapolitik. Sie initiieren Flashmobs vor Einkaufszentren. Sie unterstützen gemeinnützige Projekte via Crowdfunding. Sie programmieren Bots, die im Netz politische Botschaften verbreiten. Die Demokratisierung der medialen Öffentlichkeit greift auch auf andere Gesellschaftsbereiche aus: Die Produktion, die Wissenschaft, die Medizin. Bürger stellen 3D-Modelle für Objekte auf Tauschbörsen, die dann auf 3D-Druckern gedruckt werden können – und versuchen so die Produktion physischer Objekte zu demokratisieren (Anderson 2012). Sie sammeln Umweltdaten in Städten, teilen sie mit anderen, werten diese Daten aus und positionieren sich damit als Bürgerwissenschaftler (Hecker et al. 2018). Sie vermessen ihren Körper und holen sich auf Patienten-Netzwerken medizinischen Rat bei anderen Betroffenen (Heyen 2016). Der digitale Raum ist auch und gerade ein Experimentalraum der Partizipation. Und wie es mit Experimenten so ist – die meisten scheitern, einige gelingen, finden Imitatoren, verstetigen sich.

Was wir bei diesen Realexperimenten beobachten können, sind ständige Versuche der Workarounds und Grenzüberschreitungen. Workarounds vorbei an etablierten Institutionen und Regeln. Grenzüberschreitungen zwischen digital und analog, zwischen privat und öffentlich. Wohin das alles führt, kann niemand seriös sagen. Kaum einer der großen Internetvisionäre der frühen 2000er hat etwa den kometenhaften Aufstieg der

sozialen Plattformen, der Smartphones oder der Kryptowährungen vorhergesehen. Das sollte uns zur Bescheidenheit anhalten. Schon jetzt steht aber zu vermuten, dass sozial-mediale Pluralisierungen der Realität das ‚Mediensystem‘ im engeren Sinne überschreiten und auch andere Funktionsbereiche der Gesellschaft betreffen wird.

Konsequenzen

Was bedeuten diese Beobachtungen zum Strukturwandel des Öffentlichen nun für die Demokratie im Europa des 21. Jahrhunderts? Sie bedeuten zunächst, dass wir uns von den Hoffnungen einer durch digitale Medien induzierten europäischen Öffentlichkeit zu verabschieden haben. Zumindest von einer, die mit der massenmedial erzeugten Öffentlichkeit der Nationalstaaten auch nur annähernd zu vergleichen wäre.

Ja, Öffentlichkeit im Digitalen kann ganz entschieden transnational funktionieren, denn sie aggregiert sich über thematische Anschlüsse, die den Raum der meist national operierenden Massenmedien überschreiten. Diese Anschlusslogiken entziehen sich der nationalen Codierung. Wer sich für BDSM, Game of Thrones oder Ökologie interessiert, kann diesen thematischen Präferenzen online grenzüberschreitend nachgehen – rezipierend oder produzierend. Zugleich eröffnet der digitale Wandel Räume radikaler Re-Nationalisierung. Denn er schafft Räume des Sagbaren, welche die massenmediale Realität zuvor weitgehend exkludierte. Die produzierenden Öffentlichkeiten der digital vernetzten Medienwelt bilden keine Realfiktionen einer virtuellen Gemeinschaft und eines in ihr kollektiv geteilten Themenvorrats mehr aus. Mediale Öffentlichkeit innerhalb wie außerhalb des Nationalstaates ist nur noch im Plural zu haben. Als Öffentlichkeiten. Und diese Öffentlichkeiten sind in radikaler Weise fragmentiert und tribalisiert. Sie folgen je eigensinnigen Selektionsregeln im Rahmen von Infrastrukturen, die je unterschiedliche Spielfelder des Sozialen bereitstellen.

Diese wiederum sind keine Orte, an denen ein jeder stets engagiert über das Politische argumentiert. Vielmehr wird auch und gerade das Private der Individuen in ganz neuer Art und Weise öffentlich. Und es ist vielleicht kein Zufall, dass sich bei einer der effektivsten sozial-medialen Bewegungen der Gegenwart – Fridays for Future – das öffentliche Anliegen aufs engste mit der Inszenierung einer Privatperson verbunden ist. Doch als

Beobachter dieses Wandels sollten wir dieser Verführung einer Fixierung auf Personen nicht erliegen. Denn das was Personen in medialen Öffentlichkeiten tun oder unterlassen ist eben nur zum Teil ihnen als Individuen zuzurechnen. Es ist auch ein Effekt der medialen Kanäle, Plattformen und Bühnen, in und auf denen sie agieren. Wenn wir unsere Demokratie im 21. Jahrhundert gestalten wollen, dann müssen wir uns um diese Architekturen des Medialen kümmern. Wir müssen über Möglichkeiten des Anbaus, des Umbaus und der Reparatur nachdenken. Dazu sollten wir diese Welt aber verstehen und sie nicht einfach wie eine digitale Verlängerung einer vergangenen medialen Zeit betrachten. Das gilt auch und dann, wenn die zeitgenössischen Tools es nahelegen, an eine uns vertraute Vergangenheit anzuschließen. Doch E-Mails sind keine Briefe, YouTube ist kein Fernsehsender und die kleinen Hochleistungsrechner und Multifunktionsgeräte in unseren Hosentaschen sind keine Telefone. Und auch die alten Medientechnologien werden durch neue Medien in ihrer Funktion verändert und respezifiziert. Lineares Fernsehen schauen und Vinyl-Platten hören – das sind keine Normalitäten mehr, sondern Lebensstilentscheidungen.

Das gilt auch für klassische Massenmedien. Wer heute primär die etablierten, und freilich immer noch höchst einflussreichen, Massenmedien nutzt, um sich über Politik zu informieren, wer konsumiert statt zu produzieren, trifft jetzt eine Lebensstilentscheidung. Man muss sich mitunter für sie rechtfertigen, man kann sie zur sozialen Distinktion verwenden. Fest steht aber: Nicht nur ein Konsument der Medien zu sein, sondern Produzent öffentlicher Kommunikation und deren Mitgestalter – das ist ein Erwartungsmuster, das für die Bürger demokratischer Gesellschaften zunehmend Gültigkeit beansprucht.

Anderson, Chris (2012): Makers. The new industrial revolution. New York: Crown Business.

Bernard, Andreas (2018): Das Diktat des Hashtags. Über ein Prinzip der aktuellen Debattenbildung. Frankfurt am Main: Fischer.

Brecht, Bertold (1967): Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: Berthold Brecht: Gesammelte Werke, Band 18, S. 127-134. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dickel, Sascha (2012): Im Netz der Selbstreferenz. Facebook-Kommunikation als Antwort auf die „Katastrophe“ des Internet. In: Ulrich Dolata und Jan-Felix Schrape (Hg.): Internet, Mobile Devices und die Transformation der Medien. Radikaler Wandel als schrittweise Rekonfiguration. Berlin: edition sigma, S. 331–356.

Gillmor, Dan (2004): We the media. Grassroots journalism by the people, for the people. Beijing, Sebastopol CA: O'Reilly.

Habermas, Jürgen (1993 [1962]): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Unveränd. Nachdr. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hecker, Susanne; Haklay, Muki; Bowser, Anne; Makuch, Zen; Vogel, Johannes; Bonn, Aletta (Hg.) (2018): Citizen science. Innovation in open science, society and policy. London: UCL press.

Heyen, Nils B. (2016): Self-Tracking as Knowledge Production: Quantified Self between Prosumption and Citizen Science. In: Stefan Selke (Hg.): Lifelogging. Digital self-tracking and Lifelogging - between disruptive technology and cultural transformation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 283–301.

Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. 2., erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

McLuhan, Marshall (2003 [1964]): Understanding media. The extensions of man. Critical ed. Corte Madera, Calif.: Gingko Press.

Seemann, Michael (2019): Ist die digitale Gesellschaft noch zu retten? In: Wikimedia, 25.03.2019. Online verfügbar unter <https://blog.wikimedia.de/2019/03/25/ist-die-digitale-gesellschaft-noch-zu-retten-ein-gastbeitrag-von-michael-seemann/>, zuletzt geprüft am 18.05.2019.

Wehner, Josef (1997): Interaktive Medien - Ende der Massenkommunikation? In: Zeitschrift für Soziologie 26 (2), S. 96–114.

MUSS DIE DEMOKRATIE ERST DEMOKRATISIERT WERDEN?¹

von PROF. DR. MARTIN SAAR

Professor für Sozialphilosophie
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Unsere Zeit erlebt sich als Krisenzeit der Demokratie, als eine Krisenzeit des Demokratischen, und dies tut sie völlig zu Recht. Vielleicht ist es deshalb Zeit, sich erneut zu fragen, was hier in die Krise geraten ist und was wir erwarten, wenn wir ein Ende oder eine Überwindung dieser Krise erhoffen oder sogar erwirken wollen. Mein Vorschlag hierzu besteht in der Wiederaufnahme der – ganz klassischen – Frage nach dem genauen Gehalt des Demokratiebegriffs, allerdings bezogen auf die etwas engere Frage nach dem Ort und der Funktion des Volkes (oder des *demos*) in der Demokratie. Wenn Demokratie diejenige Herrschaftsform ist, in der das Volk nicht (oder nicht nur) beherrscht wird, sondern auch selbst herrscht, wird die Frage vordringlich, wie es das tut, in welcher Form und in welcher Gestalt. Deshalb stellt sich die Frage: Wer ist das Volk (der Demokratie)? Ist die Herrschaft des Volkes wirklich überhaupt schon die Herrschaft dieses Volkes? Diese Frage ist die Grundfrage der Demokratie, und sie scheint mir von der Politischen Theorie oder Philosophie weder immer besonders gut gestellt noch gut beantwortet zu sein. Sie beantworten zu können ist ein Schlüssel zum Begreifen der Krise und der Zukunft der Demokratie. Und sie könnte eine Frage ohne (letzte) Antworten sein. Und ungefähr dies wird eine, wird *meine* Antwort sein.

Hierfür beginne ich mit einer ganz kurzen Erinnerung an eine ideengeschichtliche Episode aus der politischen Philosophie der Frühen Neuzeit, der Geburtsstunde der modernen Demokratietheorie (I). Ich führe dann einige einschlägige Antworten auf meine Frage nach dem Volk aus der jüngsten Debatte an und diskutiere das Problem einer Bestimmung des *Wer* der Demokratie (II); ich schließe mit einigen allgemeinen theoretischen Konsequenzen und einigen Bemerkungen zu aktuellen Phänomenen (III). Ich möchte damit eine Perspektive auf das Problem der Krise der Demokratie vorschlagen, die wahrscheinlich keine „Lösung“ ist, uns aber vielleicht helfen könnte, etwas an der Kontur und den internen Spannungen der Demokratie und auch den gegenwärtigen Krisen besser zu verstehen.

Und aus ihr folgt, dass die Demokratie, so verstanden, nie fertig, kein Zustand, kein Regime, kein Institutionengefüge, sondern ein notwendig un-abgeschlossener Prozess der Demokratisierung ist.

I. Masse, Menge, Volk? Eine frühneuzeitliche Kontroverse

Die ideengeschichtliche Spurensuche nach den Quellen für die Frage nach dem Volk als Grund der Politik führt bis weit in die Antike zurück, zum expliziten Problem wird sie allerdings erst für die frühneuzeitlichen Autoren, die glauben, dass dem Volk auch wirklich die Rolle als Hauptbezugspunkt des Regierens zukommen soll. Aber welchem, was für einem Volk? Im Jahr 1641, im Kapitel XII von *De Cive*, einem zentralen Scharnier seiner Staatstheorie, fordert Thomas Hobbes eine klare Unterscheidung zwischen „people“ und „crowd“ (bzw., in der lateinischen Fassung, *populus* und *multitudo*): „A people is a single entity, with a single will; you can attribute an act to it. None of this can be said of a crowd.“ Obwohl *crowd* oder *multitudo* [in der lateinischen Fassung], wie Hobbes vorher ausgeführt hatte, „grammatically singular“ ist, steht es für „more than one subject“. Ihm können keine „promises, agreements, rights, and actions“ zugesprochen werden, denn: „a crowd is not a natural person“. Aus diesen Gründen kann aber nur die Instanz oder Einheit namens *people* wirklich herrschen und den Staat begründen, niemals die Vielheit der *crowd*. Die politische Konsequenz, die Hobbes aus diesen Überlegungen zieht, folgt dieser begrifflichen Linie: Der Staat oder ein stabiles System kann also nur auf der Einheit des Volkes, nicht auf der Vielheit der *multitudo* begründet werden, erst Repräsentiert-werden (als „Vereinheitlichung“, „Vereinigung“) erzeugt diese Einheit.

Die Gegenposition zu diesem Standpunkt im 17. Jahrhundert ist dagegen durch Baruch de Spinozas politische Theorie dokumentiert, die in enger Anlehnung an Hobbes argumentiert, in der das Wort *populus* aber nicht verwendet wird und in der der *multitudo* genau die staatsbegründende Funktion zugesprochen wird, die Hobbes ihr abgesprochen hatte. Aber der systematische Punkt ist hier wichtiger als der terminologische: Die Einheit oder Verfasstheit, die Hobbes fordert und die die Menge erst zum Volk macht, ist für Spinoza gerade keine Voraussetzung der Gründungskraft. Es ist im Gegenteil genau die Vielfalt oder Heterogenität, aus der staatliche Ordnung entsteht und die ihre Energie an die Institutionen weitergibt

oder fließen lässt.

Der Grund der Staatsmacht ist für Spinoza keiner, der sich schon vereinheitlichen ließe oder dem eine einheitliche Form als fixiertes, repräsentierbares Staatsvolk gegeben werden könnte. Er ist die Menge Unterschiedliches vermögender, Unterschiedliches begehrender Individuen, die ihre Kräfte vereinigen, um eine „höchste Macht“ (*summa potestas*) zu begründen, in der sie allerdings nicht aufgehen. Für Spinoza ist also paradoxerweise der nicht-einheitliche, evtl. sogar *anarchische* Charakter der *multitudo* der *Grund*, auf dem ein Staat zu machen ist.

Jenseits der historischen und interpretatorischen Details (und der Frage nach der Korrektheit dieser Interpretation) sollte der konzeptuelle Punkt deutlich sein: Auf die Frage, wer (oder was) das Volk ist, auf das ein Staat zu bauen ist, geben also schon die Autoren der Frühen Neuzeit, die ja die Demokratietheorie gerade erst erfinden, widerstreitende Antworten: es ist *Eines*, sagt Hobbes, es ist *Vieles*, sagt Spinoza. Demokratie ist, entsprechend, ganz unterschiedlich verstanden, als Selbstorganisation einer sich konstituiert habenden Einheit oder als Vollzugsform einer Vielfältigkeit.

II. Das vielfältige Subjekt demokratischer Politik

Das frühneuzeitliche Schema „Einheit vs. Vielheit“ ist in vielem zu grob, um noch ganz brauchbar zu sein. Denn die sowohl theoretischen wie praktischen oder institutionellen Weiterentwicklungen des demokratischen Zeitalters unterlaufen dieses einfache Schema: Repräsentation und Partizipation, Vertreten-werden und Mitbestimmen sind gleichermaßen einheits- wie differenzbezogen, sie stiften politische Einheit und Handlungsfähigkeit und führen auch Elemente von Dissens, Umstrittenheit und Vermittlung ein. Dennoch bleibt es sinnvoll, auch für komplexere demokratietheoretische Positionen zu fragen, zu welchem der beiden Pole sie tendieren. Und dann zeigt sich: Viele Theorien bleiben der Grundthese verpflichtet, dass eine Form substantieller Einheit Voraussetzung für das Demokratisch-sein und für Effektivität als demokratische Gemeinschaft ist. Diese Einheit kann national ausgedeutet werden (wie es viele Theorien des 19. Jahrhunderts getan haben, mit Begriffen wie Volksseele, Nationalcharakter o.ä.), eher kulturell oder in Begriffen sozialer Homogenität oder einfach nur territorial, als Frage der lokalen, lokalisierbaren Nähe und Gemeinschaftlichkeit, die Voraussetzung für effektives

kollektives Handeln ist.

Diese Tendenz zeigt sich besonders deutlich in den Debatten um die Frage *europäischer* Demokratie, in denen die Legitimität supranationaler Politik an Standards gemessen wird, die angeblich im Fall nationalstaatlicher Demokratie erfüllt sind und die meistens als Gemeinsamkeiten artikuliert werden: Weil Europa (noch) keine einheitliche Kultur, Selbstverständnis, Geschichte, Öffentlichkeit, Tradition oder Lebensformen etc. hat und damit keinen einen *demos*, kann es keine einheitliche demokratische Gemeinschaft im vollen Sinn sein oder werden, die zu legitimen demokratischen Repräsentations- und Partizipationsweisen fähig sei.

Die entsprechende Gegenposition ist allerdings auch vertreten, und sie lautet einfach gesagt: das „bunte“, heterogene Europa der vielen politischen Gemeinschaften gewinnt seine Handlungsfähigkeit und Solidarstrukturen erst im Vollzug kollektiven Handelns auch über scheinbar unüberbrückbare Differenzen und Unterschiedlichkeiten hinweg (– deshalb könnte auch die oft als Bedrohung für das demokratische Europa wahrgenommene Finanzkrise die Chance für das Erwachen wirklicher Zusammengehörigkeit geben, so etwa Habermas in den letzten Jahren, aber auch viele andere). Europäische Demokratie ist hier nicht etwas, was auf gemeinschaftlichen Voraussetzungen beruht, sondern etwas, was diese Gemeinschaftlichkeit erst konstituiert, wie schwach auch immer, und damit auch diesen *demos*, der dann handeln könnte.

Es gibt aber auch noch weitergehende Möglichkeiten, und sie scheinen sich mir in der neueren Debatte anzudeuten, und sie beziehen sich ganz direkt auf die Frage der Zugehörigkeit und der Inklusion. Viele neuere Theorien insistieren auf der Tatsache, zu Recht in meinen Augen, dass mit der Forderung nach demokratischen Legitimierungsverfahren einer konstituierten Gemeinschaft die Frage nach dem Demokratisch-sein dieser Gemeinschaft, ihrer demokratischen Konstitution selbst, könnte man sagen, noch nicht geklärt ist, und dass dies die eigentliche „demokratische Frage“ ist. Damit wird aber ein gewisser Widerstreit, eine gewisse Spannung zwischen der einmal etablierten *Form* einer politischen Gemeinschaft und der darüber hinausweisenden *Norm* der Demokratie behauptet. An drei neueren Positionen, die diese Spannung unterschiedlich auslegen, lässt sich diese Idee gut illustrieren.

1. Die kosmopolitische Kritik an der herkömmlichen, methodologisch und normativ „nationalistischen“ Demokratietheorie, wie sie etwa prominent von Seyla Benhabib, Iris Marion Young und Nancy Fraser vertreten wird, setzt an der Frage des *demos* an, um noch die Problematik der Zugehörigkeit selbst an Kriterien demokratischer Legitimität zu messen. Wenn sich zeigen lässt, dass die Reichweite politischer Regelungen längst nicht nur Personen betrifft, die offiziell zumindest bei den demokratisch herbeigeführten Verfahren mitberücksichtigt waren, sondern auch andere, und wenn sich zeigt, dass die – sei es auch hypothetische – Zustimmung- oder Einspruchsfähigkeit in geregelten Prozeduren ebenfalls nicht hinreicht, bedarf es anderer, national entgrenzterer Legitimierungsweisen, und hierfür liegen eine Vielzahl konkreter institutioneller Vorschläge vor. Die klassische Antwort auf die Frage nach der Legitimität – „es ist demokratisch, wenn der nationale *demos* entschieden hat“, wie indirekt auch immer ist also ungenügend, solange wir nicht sagen können, wer das Volk ist und wen seine Entscheidung seinerseits betrifft. Damit wird die Frage nach dem Wer der Demokratie unumwunden zu einer expliziten, drängenden Frage für die Demokratie selbst.

2. Vertreter einer volksouveränitätskritischen Position dagegen würden die kosmopolitische Strategie der Ausweitung des *demos* kaum als Lösung betrachten, ist für sie doch die Fixierung auf das Kriterium der Ko-Autorschaft des Volkes an den Gesetzen eine kaum (mehr) haltbare Fiktion, die durch realistischere Modelle abgelöst werden sollte. Philip Pettit schlägt (wie viele andere) vor, zusätzlich zu den üblichen Repräsentations- und Partizipationsformen wesentlich „kontestative“, kontrollierende Mechanismen zu stärken bzw. neu zu erdenken, die sicherstellen, dass auch auf üblichen Verfahrenswegen zustande kommende Gesetzesvorhaben und Maßnahmen auf einer anderen institutionellen Stufe von Gremien und Versammlungen geprüft werden, die tatsächlich Willen und Entscheidungskompetenzen der Bürger gezielt zum Einsatz bringen, auch jenseits der immer von Mehrheitsverhältnissen und Parteienstreit überformten parlamentarischen Entscheidungsprozesse.

3. Eine dritte, radikaler repräsentationskritische Position besagt dagegen, dass der Fehler weniger in der Überbetonung der Partizipation und Mitdefinition als in einem völlig falschen Bild der Rolle und der Gestalt des mitbestimmenden Volkes liegt. In der derzeit heftig debattierten Demokratietheorie von Jacques Rancière ist dieses Motiv vielleicht am

extremsten formuliert, wenn er das Verhältnis von offizieller, verfasster Politik und Volk als eines des Gegensatzes beschreibt. Demokratie ist für ihn keine Bezeichnung für einen Regimetyp oder eine Regierungsform, sondern eine „Subjektivierungsweise des Politischen“, eine Möglichkeitsform oder Erscheinungsweise politischen Handelns. Damit ist „demokratisch“ keine Eigenschaft von politischen Institutionen, sondern ein Modus, eine Logik, in dem überhaupt erst etwas politisch werden kann: nämlich durch das Einfordern von Gleichheit gegenüber schon etablierten Ordnungen, Verteilungen und Rechten. „Demokratisch“ ist der Hinweis, dass niemand *mehr* Recht und Macht zu herrschen hat als jeder andere, dass nichts den einen vor den anderen in politisch relevanter Weise auszeichnet und dass es immer möglich sein muss, schon eingeführte politische Routinen daraufhin zu befragen, ob sie nicht solche Unterschiede machen, verwalten und festschreiben. Demokratie ist also diejenige Form von Politik, die prinzipiell nicht festgelegt ist, und das Volk derjenige nie ganz gegebene, nie ganz feststellbare, erschienene Akteur, der jederzeit bestreitend, kritisierend, aufbegehrend auf der politischen Bühne erscheinen kann. Entscheidend ist die Beschreibungsweise, in der das Demokratische an der Demokratie weniger ihr institutionelles Funktionieren, in der das Volk einen bestimmten Platz und eine bestimmte Rolle hat, ist, als vielmehr ein System mit einer Öffnung oder Offenheit gegenüber Störungen, Irritationen, Forderungen und Transformationen.

III. Heterogene Demokratie: Politische und theoretische Konsequenzen

Wenn es richtig ist, dass die Frage nach dem Volk, nach seinem Status und seiner Rolle in der Demokratie die Grundfrage der Demokratie selbst ist, erfährt sie, wie zu sehen war, keine eindeutige Lösung durch die Demokratietheorie, die sich ja selbst uneinig ist über diesen Platz und diese Funktion. Damit ist aber die wissenschaftliche Aufgabe einer Klärung dessen, was Demokratie ist, nicht gescheitert; im Gegenteil, aus dieser Uneinigkeit der Theorie(n) ist etwas zu lernen über die Uneinigkeit, die Un-Einheit ihres Gegenstands, nämlich der Demokratie und ihres *demos*.

Drei allgemeine Konsequenzen, die dann ihrerseits methodische Folgen haben, aus der Idee der „uneinen“, heterogenen Demokratie und des „uneinen“ Volkes scheinen mir auf der Hand zu liegen.

1. Folgt man der neueren Debatte in Bezug auf den diffusen Ort des Volkes, ist nur eine *Dezentrierung* der Perspektive sinnvoll; denn nun hat es eindeutig keinen Sinn mehr, den Ort des Demokratischen *exklusiv* im Innern des politischen Systems oder der eindeutig verfassten politischen Akteure zu suchen. Denn wenn die Funktion des *demos* nicht nur die Artikulation von Willen und Interessen ist, die dann von eindeutig beauftragten Organen kanalisiert und verarbeitet werden, gibt es sehr viel mehr Politik und sehr viel mehr politische Entscheidungen als diejenigen, die in der „offiziellen“ legislativen und exekutiven Politik fallen. Diese Perspektive wertet also den gesamten Bereich der nicht gouvernementalen Politik enorm auf, nicht weil sie wichtiger wäre als die Regierungs- oder institutionelle Politik, aber weil sie ebenso sehr Politik des Volkes sein kann wie diese. Mir scheint die Politische Theorie noch allzu oft von einer Fixierung auf den Staat und seine Institutionen bedroht zu sein und die Ressourcen zur Konzeptualisierung der nichtoffiziellen Politik noch zu wenig zu nutzen. Aber, und dies ist die zentrale These hier, der Gegenstand der Demokratietheorie selbst drängt in diese Richtung, weil der *demos* vieles tut, Politik auf viele Arten und Weisen macht, von denen Wählen und Deliberieren nur ein Teil sind, und sich auf vielerlei Arten organisiert und handelt.

2. In der Linie der hier vorgestellten Perspektive liegt auch eine Aufmerksamkeit, eine Sensibilität für die *Ausschlüsse* demokratischer Politik, die von der klassischen Demokratietheorie und von vielen Politikerinnen und Politikern oftmals höchstens als Nebenfolgen, nicht aber als wesentliche Eigenschaften der Demokratie verstanden werden. Wenn klar ist, dass das Volk vielfältig und von zahlreichen Differenzen durchzogen ist, überrascht es nicht, dass auch das demokratische System, wenn es sich institutionalisiert und organisiert, Tiefendifferenzen und Teilungen beibehält und fortschreibt, dass auch der demokratische Staat nie gleichermaßen der Staat „aller“ Bürger(innen) ist. Damit wird auch die Frage nach der ungleich verteilten *Macht* einzelner Akteure und Gruppen in der Politik zentral, und die Frage nach der demokratischen Qualität einer politischen Gemeinschaft wird untrennbar von der Frage nach der Macht *in* dieser Gesellschaft. Dass allgemeine Rechte und Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte Ungleichheiten und Machtdifferenzen nicht auslöschen, sondern höchstens moderieren, manchmal sogar verschleiern, ist eine zentrale Konsequenz aus diesen Überlegungen; und dass Demokratie dann nicht der Name für ein vollendetes System vollkommener

Recht und Gleichheit, sondern für ein System, das die Anfechtung und Bestreitung von Unrecht und Ungleichheit erlaubt, ermöglicht, ja erfordert, ist die Konsequenz. Gerade weil der *demos* nicht einer ist, ist die Gefahr gegeben, dass sich bestimmte Kollektive gegen andere durchsetzen und in Stellung bringen können. Und es ist die Aufgabe demokratischer Politik, solchen Hegemoniebildungen entgegenzuwirken, und es ist die Aufgabe der Demokratireflexion (akademisch oder nicht), diese Möglichkeiten als interne Gefährdungen der Demokratie selbst zu beschreiben.

3. Schließlich und wohl am grundlegendsten weisen diese Überlegungen darauf hin, dass die Frage nach dem *demos* und seinem Wirken *selbst eine politische Frage* ist, die an keine andere Instanz als ihn selbst abgetreten werden kann. Wo, wann und wie die Grenzen verlaufen zwischen denen, die dazugehören und dazugehören sollen, und den anderen; wer in den Genuss politischer und sozialer Rechte kommen darf und wer draußen bleibt – um diese Frage dreht sich die demokratische Frage, der eigentliche demokratische Streit. Demokratie denken hieße dann: diese Offenheit, Unabgeschlossenheit, Zukünftigkeit des Demokratischen denken. Damit bleibt die Grundfrage – wer ist das Volk? – offen, denn sie muss offen bleiben. Die Identitätskrise der Demokratie, deren schärfste Ausprägungsform seit 1968/69 wir derzeit in der westlichen liberalen Demokratie erfahren, besteht also zu Recht: Sie ist Teil der Demokratie. Sie anzunehmen, zu verhandeln und mit ihr zu leben, ist selbst eine demokratische Aufgabe.

¹ Dieser Vortragstext variiert Überlegungen und Formulierungen aus Texten mit ausführlicheren Belegen und Argumentationen: Martin Saar, „Heterogene Demokratie“. In: Philosophische Rundschau, 61. Jg. (2014), H. 3, S. 183-205; „Multitude‘ oder Volk? Neubestimmungen des Subjekts demokratischer Politik“. In: Hubertus Buchstein (Hg.), Die Versprechen der Demokratie. 25. wissenschaftlicher Kongress der DVPW. Baden-Baden 2013: Nomos, S. 89-104; „Gegen-Politik. Zur Negativität der Demokratie“. In: Thomas Khurana, Dirk Quadflieg, Francesca Raimondi, Juliane Rebentisch, Dirk Setton (Hg.), Negativität. Kunst – Recht – Politik, Berlin 2018: Suhrkamp, S. 281-292; „Ohnmacht und Unfreiheit. Demokratische Politik nach der Postdemokratie“. In: Ulf Bohmann/Paul Sörensen (Hg.), Zur Kritischen Theorie der Politik heute. Berlin 2019: Suhrkamp, S. 473-493.

WAS BEDEUTET DEMOKRATIE IN DER EU IM 21. JAHRHUNDERT?

Am 17. Mai 2019 diskutierten die Expertinnen und Experten Prof. Dr. Klaus-Jürgen Grün (Ethikverband der deutschen Wirtschaft e.V. und Goethe-Universität Frankfurt am Main), Jun.-Prof. Dr. Sascha Dickel (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Prof. Dr. Nicole Deitelhoff (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und Goethe-Universität Frankfurt am Main), Prof. Dr. Armin Nassehi (Ludwig-Maximilians-Universität München), und Prof. Dr. Martin Saar (Goethe-Universität Frankfurt am Main) am Center for Applied European Studies (CAES) zum Thema „Was bedeutet Demokratie in der EU im 21. Jahrhundert?“. Die Fragen aus dem Publikum wurden jeweils moderiert von Bibiana Barth (hr-iNFO).

Die Vizepräsidentin der Frankfurt UAS, Prof. Dr. Martina Klärle, betonte, dass die Sorge um die Tragfähigkeit der Demokratie in der EU noch nie zuvor so groß gewesen sei. Die Hochschule, als Ort der Bildung, müsse sich einer gesellschaftlichen Herausforderung wie dieser annehmen.

In seiner Begrüßung hob der Geschäftsführende Direktor des CAES, Prof. Dr. Dr. Michel Friedman, hervor, dass die Frage der Demokratie in der anstehenden Europawahl in den Vordergrund gerückt sei, da einzelne Mitgliedsstaaten unterschiedliche Interpretationsmodelle ansetzen. „In dieser Wahl wird verhandelt: Wie viel Demokratie braucht die Europäische Union mindestens, um sich als politische Institution demokratisch nennen zu können?“.

Als erster Referent näherte sich Prof. Dr. Klaus-Jürgen Grün aus sprachphilosophischer Perspektive dem Begriff der „Bedeutung“ an. Er bot Beispiele wie der einzelne Mensch Wörter automatisch mit einer bestimmten Bedeutung fülle und der Überzeugung sei, die eigene Intention müsse die Bedeutung eines Wortes festlegen. Feste Denkmuster seien in Hinblick auf den Demokratiebegriff kritisch zu reflektieren. Grün empfahl innerhalb der EU mehr eine beobachtende als eine kontrollierende Rolle einzunehmen und hierbei die Interpretation des Demokratiebegriffs kritisch zu reflektieren. „Die Nationalstaaten haben ihre je eigene Bedeutung von Demokratie ausgebildet und dabei für sich jeweils ein halbwegs stabiles Verhältnis von Freiheitsrechten und Einschränkungen oder ‚Unfreiheiten‘ ausgeprägt“, so Grün.

Es folgte Jun.-Prof. Dr. Sascha Dickel mit seinen Gedanken zur „digitalen Demokratisierung“ und somit dem Zusammenhang von Demokratie und einer sich durch Massenmedien wandelnden Öffentlichkeit. Er hob hervor, dass im Rahmen des Strukturwandels die Botschaft in den Hintergrund und die „Architektur des Medialen“ in den Vordergrund trete. Dickel erläuterte fünf Thesen der Transformation des Öffentlichen im 21. Jahrhundert: (1) Es entstehe eine reziproke Kommunikation, da das Publikum durch die sogenannten sozialen Medien zum Produzenten werde, (2) es entstehen neue Ordnungsmuster zur Wiedererkennbarkeit von Themen, zum Beispiel in Form von Hashtags, (3) die soziale Realität schein im Digitalen konstruiert und weniger objektiv gegeben (4) öffentliche Diskurse werden bestimmt durch die Gestaltung der medialen Infrastruktur und (5) die einzelnen Bürger/-innen nutzen soziale Medien als Experimentalraum zur Partizipation. „Wenn wir unsere Demokratie im 21. Jahrhundert gestalten wollen, dann müssen wir uns um diese Architekturen des Medialen kümmern“, schloss Dickel.

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff erinnerte an die Visionen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der europäische Souveränität als Antwort auf die Krisen der EU fordere. Nach Macron müsse diese Souveränität durch die Herstellung innerer und äußerer Handlungsfähigkeit der EU geschaffen werden. In der politischen Debatte werde der Vorstoß Macrons zwar aufgegriffen, allerdings beschränke sich der Zuspruch auf die äußere Handlungsfähigkeit. Während insbesondere die Idee der Vergemeinschaftung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen großen Widerhall unter Politiker/-innen der EU finde, werden im Hinblick auf innere Spaltungen keine konkreten Schritte eingeleitet. Deitelhoff konstatierte, dass wenn es nicht gelinge innere Souveränität zurückzugewinnen, die EU zunehmend intergouvernementaler und somit weniger Nutzen stiften werde. Als einen Lösungsansatz nannte Deitelhoff Macrons Idee einer „europäischen Avantgarde“, somit das Zusammenbringen der Mitglieder, die sich eine tiefere Integration vorstellen können. Außerdem müsse eine offene Auseinandersetzung über Werte und die Zukunft der EU, in Form einer radikalen Infragestellung des bislang Erreichten, zugelassen werden. „Das muss dieses politische Projekt verkraften, sonst ist es es vielleicht nicht wert, dass wir so darum kämpfen“, schloss Deitelhoff.

In seinem Vortrag argumentierte Prof. Dr. Armin Nassehi, dass gegenwärtig das Extreme die politische Mitte störe, indem es dafür Sorge, dass sich die Amplitude vergrößere und sich die Unterschiede zwischen den Parteien der Mitte verkleinern. Anstatt politische und strukturelle Alternativen anbieten zu können, sei die Mitte durch das Extreme in Frage gestellt und ver falle so in ein simples ‚gegen das Extreme‘-Szenario. Dies zeige sich zum Beispiel an derzeitigen EU-Wahlkampf slogans wie „Europa ist die Lösung“, die kein politisches Konzept anbieten und lediglich gegen die Position der Extreme, gegen den Nationalstaat, werben. Dieses Verhalten bringe die Demokratie in eine Krise und mache es den Populisten einfacher. Nassehi plädierte folglich dafür, den Wahlkampf mit strukturellen Argumenten zu führen, so dass sich die Mitte unterscheiden könne. Er erklärte weiter, dass Demokratie die Funktion habe, die Krise, wer herrschen und welche politischen Entscheidungsprozesse es geben solle, rechtskonform zu regeln. „Demokratie kennt so etwas, wie einen Vorrang des Rechts vor der Politik“, so Nassehi und folge somit einem Verfahren, welches die Akteure zivilisiere. Auch eine politische Kultur, in der Mehrheiten nicht ihre Maximalforderung durchsetzen, was eine Loyalität der Minderheit zur Folge habe, sei eine wichtige Bedingung für das Funktionieren von Demokratie.

Zuletzt folgten Prof. Dr. Martin Saars sozialphilosophische Ausführungen zu der Frage nach dem Volk in der Demokratie. Während Demokratie unumstritten durch die Herrschaft des Volkes definiert sei, bleibe die Frage danach, wer das Volk sei, unbeantwortet. Saar hob zwei Theorien des Volkes hervor: Das Volk als politische Einheit, nach Hobbes, das als vereinheitlichte Instanz mit einer kollektiven Stimme spricht; und das Volk, gemäß Spinoza, das nicht mit einer Stimme sprechen kann, aber mit der Heterogenität der Vielen zurechtkommt. Historisch gesehen habe sich die Vorstellung des Volkes als Einheit als dominante liberal politische Strömung durchgesetzt. Jedoch könne man Demokratie auch anders denken - eine Demokratie, die den Umgang mit Vielfaltigkeit erlaubt. Hinsichtlich der EU bedeute dies, dass es nach Hobbes keine Demokratie in der EU gebe, weil es kein europäisches Demos gibt, das eine Exekutive bestimmt. Nach dem Prinzip des Volkes der Vielen, kann es jedoch Demokratie in der EU geben, da unterschiedliche Formen und Prozesse bestehen, die von demokratischen Akteuren ausgeführt werden. Tatsache sei jedoch, dass die Frage nach dem Volk nie unbeantwortet sein könne, und in jeder politischen Aktion bestimmt werden müsse, so Saar. Dies

verleihe der Demokratie etwas „Vages“ und „Unabgeschlossenes“.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman wies abschließend daraufhin, dass Demokratie ein Versprechen von Freiheit sei, mit dem auch Verantwortung zum Tragen komme. Jeder sei für das Ergebnis verantwortlich. Die Entscheidung wählen zu dürfen, löse aber auch Angst aus – die Angst vor dieser Freiheit. Friedman plädierte dafür, dass man sich dieser Angst stelle, indem man ihr entgegentrete und demokratisch lebe.

PROF. DR. NICOLE DEITELHOFF

Nicole Deitelhoff ist seit 2009 Professorin für Internationale Beziehungen im Exzellenzcluster „Normative Ordnungen“ an der Goethe-Universität Frankfurt und seit 2016 Direktorin des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Sie hat in Darmstadt und Buffalo, New York, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften studiert und an der Technischen Universität Darmstadt 2004 promoviert. Stationen ihrer wissenschaftlichen Laufbahn umfassen unter anderem eine Forschungsprofessur an der Universität Bremen und die Leitung der Redaktion der Zeitschrift für Internationale Beziehungen. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte umfassen Institutionen und Normen, Grundlagen und Legitimation politischer Herrschaft jenseits des Nationalstaats, Privatisierungstendenzen in der Sicherheitspolitik sowie Widerstands- und Protestphänomene mit einem Schwerpunkt auf soziale Bewegungen und Radikalisierungsdynamiken.

Zu ihren jüngsten Veröffentlichungen zählen: *Opposition and dissidence: Two modes of resistance against international rule* (mit Christopher Daase), in: *Journal of International Political Theory* 15(1), 2019, S.11–30; *Belebung und Zerstörung. Populismus und Weltpolitik in der Ära Trump. Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik unter Donald Trump*, in: Christopher Daase/Stefan Kroll (Hrsg.): *Angriff auf die liberale Weltordnung*, Springer Fachmedien, 2019, S. 19-35.

JUN.-PROF. DR. SASCHA DICKEL

Sascha Dickel hat Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtsphilosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main studiert. Promoviert wurde er 2010 in Bielefeld. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter war er u.a. an der TU München tätig. Seine internationalen Forschungs- und Lehrtätigkeiten führten ihn nach Cardiff, Washington und Wien. Das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover hat ihm 2014 den Philosophischen Buchpreis verliehen. 2017 wurde er zum Juniorprofessor für Mediensoziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz berufen. Seine Arbeitsgebiete liegen in der Medien-, Technik- und Wissenschaftssoziologie. Das besondere Interesse von Sascha Dickel gilt der Digitalisierung der Gesellschaft. Seit 2018 gehört er der Sachverständigenkommission der Bundesregierung für den Dritten Engagementbericht an. Dieser widmet sich der Zukunft der Zivilgesellschaft im digitalen Zeitalter.

PROF. DR. KLAUS-JÜRGEN GRÜN

Klaus-Jürgen Grün, Jahrgang 1957, hat zunächst in der chemischen Industrie eine naturwissenschaftliche Berufsausbildung absolviert und war insgesamt sieben Jahre bei DEGUSSA tätig. Nach dem Abitur als Ex-terner und dem Studium der Philosophie, Mathematik sowie mittlerer und neuerer Geschichte, aber auch Geschichte der Naturwissenschaften in Frankfurt am Main erfolgte die Promotion 1992 sowie die Habilitation 1999. Klaus-Jürgen Grün hat maßgeblich mitgewirkt an der Planung und Durchführung der Jubiläumsveranstaltung der Goethe-Universität *Durchgeistete Natur* anlässlich des Goethejahres 1999. Er hat zahlreiche Konferenzen, Tagungen und Symposien an der Goethe-Universität organisiert, finanziert und durchgeführt, unter anderem das Nietzsche-Symposium *Wage es an dich selbst zu glauben* im Wintersemester 2000/2001; in Zusammenarbeit mit der Giordano-Bruno-Stiftung und dem Ethikverband der deutschen Wirtschaft e.V. *erstes Frankfurter Zukunftssymposium – Schöne Neue Welt* (2016). Seit Sommer 2001 ist Klaus-Jürgen Grün Leiter des von ihm gegründeten Philosophischen Kollegs für Führungskräfte (PhilKoll), das die Anwendung philosophischer Methoden und Programme in der Wirtschaft praktiziert. Im Sommer 2003 wurde er Vizepräsident des Ethikverbands der deutschen Wirtschaft e.V. Er ist Mitglied verschiedener Forschungseinrichtungen und Forschungsstiftungen. Seit Winter 2012 ist er außerplanmäßiger Professor für Philosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

PROF. DR. ARMIN NASSEHI

Prof. Dr. Armin Nassehi, geb. 1960 in Tübingen, aufgewachsen in München, Landshut, Teheran und Gelsenkirchen, ist seit 1998 Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Darüber hinaus ist er Mitglied des Vorstands des Humanwissenschaftlichen Zentrums der LMU, Mitglied des Vorstandes des Münchner Kompetenzzentrums Ethik, seit 2009 Mitglied des Hochschulrates und des Senats der LMU München, und seit 2012 Mitglied des Vorstands des Forschungsinstituts für Philosophie, Hannover.

Seine Forschungsgebiete liegen im Bereich Kultursoziologie, Wissenssoziologie und politische Soziologie. Er hat zahlreiche Publikationen innerhalb dieser Forschungsgebiete vorgelegt, darunter mehr als 20 Bücher. Außerhalb des Hochschulbereichs ist Prof. Nassehi vielfältig in Vortrags- und Beratungskontexte eingebunden sowie publizistisch tätig. Er veröffentlicht regelmäßig in SZ, FAZ, DIE ZEIT etc. Seit 2012 ist er Herausgeber der Kulturzeitschrift „Kursbuch“. In seiner Freizeit ist er ein leidenschaftlicher Sänger (Bass/Bariton).

PROF. DR. MARTIN SAAR

Martin Saar ist seit Herbst 2017 Professor für Sozialphilosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte beziehen sich auf die Politische Ideengeschichte der frühen Neuzeit, die Kritische Theorie und die neuere französische Philosophie. An der Goethe-Universität ist er Mitglied des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ und des Kollegiums des Instituts für Sozialforschung. Wichtige Veröffentlichungen: Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault, Frankfurt am Main/ New York 2007; Sozialphilosophie und Kritik, Frankfurt am Main 2009 (hg. mit Rainer Forst, Martin Hartmann und Rahel Jaeggi); Die Immanenz der Macht. Politische Theorie nach Spinoza, Berlin 2013 (2. Aufl. 2019).

Center for Applied European Studies (CAES)

Das 2016 gegründete interdisziplinäre Center for Applied European Studies (CAES) an der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS) widmet sich der wissenschaftlichen und anwendungsfokussierten Reflektion des Themas Europa. Die interdisziplinäre und internationale Aufstellung von Forschung und Lehre an der Frankfurt UAS bieten eine hervorragende Grundlage, um europäische Fragestellungen zu entwickeln, zu diskutieren und Lösungen vorzuschlagen.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des CAES ist der Dialog mit der Öffentlichkeit unter Einbezug verschiedener gesellschaftlicher Perspektiven aus den Bereichen Kultur, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Mit der Vortragsreihe „Think Europe – Europe thinks“ seit 2016 oder wissenschaftlichen Symposien seit 2018 bietet das CAES regelmäßig eine öffentliche Diskussionsplattform zu europäischen Fragen, Herausforderungen und Visionen. Das Direktorium des CAES setzt sich aus Professor/-innen der unterschiedlichen Fachbereiche der Frankfurt UAS zusammen:

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman

Geschäftsführender Direktor

Prof. Dr. Martina Klärle

Stv. Geschäftsführende Direktorin

Prof. Dr. Ulrich Schrader

Prof. Dr. Barbara Lämmlein

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte Daten sind
im Internet unter <http://dnb.de> abrufbar.

Schriftenreihe CAES, Band 3
Was bedeutet Demokratie in der EU im 21. Jahrhundert?

Herausgeber:
Frankfurt University of Applied Sciences
Center for Applied European Studies (CAES)
Nibelungenplatz 1
D-60318 Frankfurt am Main

Gestaltung:
© Frank Muckenheim
Satz:
© Jessica Blum

ISBN 978-3-9820233-4-2

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
www.europe-center.de

Bildnachweis: Titel: © Grecaud Paul | Fotolia.com
Druck: Kroeber Druckerei
04/2020

ISBN 978-3-9820233-4-2

Frankfurt University of Applied Sciences

Nibelungenplatz 1

60318 Frankfurt am Main

Tel. 0 69 15 33-0, Fax 0 69 15 33-24 00

www.frankfurt-university.de